

DEMOKRATIE MEINT DICH!

Frauen fair-treten
im ländlichen Raum?



Land Frauen
Niedersächsischer LandFrauenverband Hannover

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



Ein Projekt des Niedersächsischen
LandFrauenverbandes Hannover und des
Niedersächsischen LandFrauenverbandes
Weser-Ems e. V.

„Demokratie ist nicht immer eine Sache von einsamen Entscheidungen, sondern in der Regel ein Geschäft der Meinungsbildung vieler.“

Angela Merkel

VORWORT	04
„Demokratie meint dich!“ – FRAGESTELLUNGEN UND ZIELE	06
UMGANG MIT DEM HANDOUT	07
DEMOKRATIE – EINE EINFÜHRUNG	08
WIE IST UNSERE MODERNE STAATSFORM ENTSTANDEN? – DIE GESCHICHTE DER DEMOKRATIE	11
VOM KÜCHENTISCH BIS INS PARLAMENT – WELCHE MÖGLICHKEITEN DER MITBESTIMMUNG GIBT ES?	14
GLEICHBERECHTIGUNG GESTERN UND HEUTE? – FRAUEN IN DER DEMOKRATIE	16
WOHIN STEuern WIR GEGENWÄRTIG? – GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE	19
WIE ZUFRIEDEN SIND DIE DEUTSCHEN MIT DER DEMOKRATIE?	22
POPULISTEN ERKENNEN	23
SO KANN MAN ES VERSTEHEN – GLOSSAR ZUR DEMOKRATIE	24
ORGANISATIONEN UND REFERENT*INNEN	28
STIFTUNGEN	32
LITERATUR	32
FILME	36
BESICHTIGUNGEN/AUSSTELLUNGEN/AUFFÜHRUNGEN	37
SCHLUSSWORT UND DANK	38

LIEBE LANDFRAUEN, LIEBE LESER*INNEN!

Wir alle können in unserer Gesellschaft beobachten, dass der Ton in den vergangenen Jahren rauer geworden ist. Sei es bei Debatten im Bundestag, in Kommentaren in den sozialen Medien oder in alltäglichen Situationen, wie zum Beispiel im Straßenverkehr. Toleranz und Wertschätzung sind auf dem Rückzug. Auf Extremismus und Populismus treffen wir dagegen immer mehr. Auch die aktuelle Corona-Krise bietet Diskussionsstoff: Wie sind die Freiheitsbeschränkungen mit unseren demokratischen Grundrechten zu vereinbaren?

Im ländlichen Raum in Deutschland ist Demokratie für den/die Einzelne*n oft direkter erlebbar als in urbanen Regionen, weil die geringe Bevölkerungsdichte das Mitbestimmen Einzelner leichter möglich oder auch notwendiger macht. Doch gleichzeitig lässt sich besonders im ländlichen Raum beobachten, dass rechte Propaganda leichter verfängt. Rechtsextreme Organisationsformen sind im ländlichen Raum erfolgreicher als in urbanen Ballungsgebieten. (Quelle: www.laendlicherraum.info)

Wir LandFrauen in Niedersachsen machen uns Sorgen. Deshalb wollen wir uns mit dem Thema Demokratie beschäftigen. Unter dem Motto „*Demokratie meint dich!*“ wollen wir Bewusstsein dafür schaffen, wie wertvoll unsere Demokratie ist. Dass wir Rechtstaatlichkeit, unabhängige Gerichte, Minderheitenrechte und eine freie Presse wertschätzen und verteidigen sollten. Dass es dabei auf jede*n Einzelne*n ankommt.

In diesem Handout erhalten Sie eine umfassende Einführung in das Thema Demokratie, zur Geschichte der Demokratie und einen Überblick über Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir werfen einen Blick auf das Thema „Frauen und Demokratie“ sowie auf die Gefahren, die unsere Demokratie aktuell bedrohen.

Wir haben viele Tipps für Sie zusammengestellt, wie Sie sich in Ihren Vereinen dem Thema nähern können. Auf den folgenden Seiten gibt es außerdem eine Anleitung zum Umgang mit diesem Handout. Wir hoffen, dass wir Sie motivieren können, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, Veranstaltungen in Ihren Vereinen und Verbänden unter das Motto „*Demokratie meint dich!*“ zu stellen und mit dazu beizutragen, dass die Demokratie in Deutschland lebendiger wird und noch von viel mehr Menschen geschätzt wird.

Nun wünschen wir Ihnen eine informative und inspirierende Lektüre!



Elisabeth Brunkhorst
Elisabeth Brunkhorst
Vorsitzende Niedersächsischer
LandFrauenverband Hannover



Ina Janhsen
Ina Janhsen
Präsidentin Niedersächsischer
LandFrauenverband Weser-Ems

SEHR GEEHRTE LESER*INNEN,

wir alle können uns glücklich schätzen, in einem demokratischen Land mit all seinen Freiheiten und Möglichkeiten zu leben. Alle Bürger*innen können dem Gesetz nach gleichermaßen an Entscheidungsprozessen und der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben.

Demokratie ist ein hohes Gut, das es unter allen Umständen zu bewahren gilt. Wir müssen aber weiter Fortschritte erzielen und dürfen Rückschritte keinesfalls zulassen. Dies gilt in jederlei Hinsicht.

Dem Erstarken populistischer Tendenzen muss sich unsere Gesellschaft gemeinsam entgegenstellen. Ignoranz populistischer oder gar politisch extremer Verhaltensweisen darf es nicht geben.

Wir müssen aktiv dagegen eintreten und uns für unsere freiheitlichen gesellschaftlichen Werte einsetzen.

Uns Frauen kommt dabei ein hoher Stellenwert zu. Wir gestalten das Zusammenleben vor Ort in vielerlei Hinsicht. Deshalb ist es wichtig, auch in der Politik engagiert mitzuwirken. Frauen müssen häufig an politischen Ämtern teilhaben. Denn hier werden die Weichen gestellt für gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Politik geht uns alle an! Ich setze mich dafür ein, dass Frauen wirklich mitgestalten zu können. Sie sollen Lust auf Politik bekommen und Spaß an der Macht entwickeln. Viele Frauen konnten wir über unser Mentoring-Programm „Frau. Macht. Demokratie.“ erreichen, mit dem wir eine Möglichkeit schaffen, interessierten Frauen den Einstieg in die Kommunalpolitik zu erleichtern. Aber das ist nur einer von vielen Ansätzen.

Ich freue mich sehr, dass die Niedersächsischen LandFrauenverbände mit dem Projekt „*Demokratie meint dich!* – Frauen fair-treten im ländlichen Raum?“ auch genau da ansetzen. Gemeinsam erreicht man oft mehr als alleine. Netzwerken heißt das Zauberwort. Wer nicht networkt, vergibt freiwillig Chancen.

Die Chancen sind da. Nutzen wir sie!

Es grüßt Sie herzlich



Carola Reimann
Ihre Dr. Carola Reimann
Niedersächsische Ministerin für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung,
Dr. Carola Reimann



„Demokratie meint dich!“ – Fragestellungen und Ziele

Der Niedersächsische LandFrauenverband Hannover (NLV) und der Niedersächsische LandFrauenverband Weser-Ems bilden ein starkes Netzwerk für und von Frauen im ländlichen Raum. Mit insgesamt rund 100.000 Mitgliedern engagieren sich die Verbände für lebendige Dörfer, in denen das Miteinander großgeschrieben wird. Für ein funktionierendes Miteinander sind demokratische Prozesse die Basis. Die Meinungen vieler werden gehört und die Mehrheit entscheidet.

Doch in jüngerer Zeit werden demokratische Strukturen immer mehr infrage gestellt. Eine Verrohung der Diskussionskultur, Wahlmüdigkeit, Verdacht von Wahlmanipulationen und das Erstarken populistischer und extremistischer Tendenzen lassen ahnen, dass unsere Demokratie, die Jahrzehnte lang als stabil galt, nicht unerschütterlich ist.

LandFrauen wollen sich dafür einsetzen, dass unsere moderne demokratische Staatsform nicht nur erhalten bleibt, sondern wieder mehr wertgeschätzt und mehr gelebt wird. Der Slogan „Demokratie meint dich!“ spricht jede*n Einzelne*n an, verdeutlicht, dass es auf das Handeln jedes/jeder Einzelnen ankommt.

Wir nehmen das Thema als starker Bildungspartner im ländlichen Raum schwerpunktmäßig in unsere Bildungsarbeit auf. Es geht darum, über Demokratie aufzuklären und zum Engagement in unserer Demokratie aufzurufen. Und wir werden das Thema in unserer Interessenvertretung verstärkt in den Blick nehmen.

„Demokratie meint dich!“ – Fragestellungen

- Wer ist wie von demokratischen Prozessen im eigenen Umfeld betroffen?
- Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung und Beteiligung an Entscheidungen haben wir?
- Wie wird Demokratie im Dorf und im ländlichen Raum gelebt?
- Sind Frauen gut vertreten?
- Was kann jede*r Einzelne in seinem persönlichen Umfeld tun, um Demokratie zu stärken?
- Welche Möglichkeiten der Sensibilisierung, Ansprache, Motivation und Verbesserung gibt es?
- Wie können wir insbesondere die Zielgruppe Frauen für politisches Engagement sensibilisieren und motivieren?
- Welchen Nutzen haben Frauen davon und wie wirkt sich das auf unser bürgerschaftliches Engagement insgesamt aus?

„Demokratie meint dich!“ – Ziele

- Demokratie stärken, insbesondere durch Frauen
- im ländlichen Raum über Demokratie ins Gespräch kommen
- Bewusstsein für das demokratische System in der Bundesrepublik Deutschland und für demokratische Prozesse im ländlichen Raum schaffen
- Bewusstsein für die Bedrohungen der Demokratie schaffen
- zum politischen Engagement, insbesondere von Frauen, aufrufen

Wir rufen alle LandFrauenvereine und Kreisverbände auf, das Thema „Demokratie meint dich!“ in ihr Bildungsprogramm aufzunehmen, um die gestellten Ziele zu erreichen.

Umgang mit dem Handout

Mit diesem Handout wollen die Niedersächsischen LandeslandFrauenverbände eine Hilfestellung für die Planung und Organisation Ihrer Aktivitäten geben. Sie finden zum einen grundlegende Informationen zum Thema „Demokratie“, lesen Sie sich ganz nach Ihrer Interessenlage in die verschiedenen Aspekte ein. Sie finden in dieser Broschüre außerdem Tipps und Anregungen für Ihre Bildungsarbeit, für Besichtigungen und Ausflüge sowie themenbezogene Film- und Literaturtipps.

Eine Übersicht über Organisationen und Referent*innen zum Thema bietet der letzte Teil der Broschüre. Dort finden Sie Anregungen, wo Sie umfangreiches Informationsmaterial bestellen oder auf den jeweiligen Webseiten herunterladen können.

Die Kontaktdaten der Organisationen und Museen beziehen sich in der Regel auf die Landes- oder Bundesebene. Über diese Stellen können Sie die entsprechenden Ansprechpartner*innen auf Orts- bzw. Landkreisebene herausfinden. Zum Teil benennen wir konkrete Referent*innen. Hierbei handelt es sich um Empfehlungen, die wir von LandFrauen und verschiedenen Organisationen erhalten haben.

Diese Broschüre ist eine Sammlung von Anregungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Weitere Ideen nehmen wir gern entgegen und stellen Sie im Laufe des Projektes zur Verfügung. Um „Demokratie“ zu verstehen, müssen wir uns auch mit dem Vokabular auskennen, das in diesem Themenfeld wichtig ist. Deshalb erklären wir wichtige Begriffe in einem Glossar.

„In einer Demokratie brauchen Entscheidungen Zeit.
Nur die Diktatur ist schnell.“

Rita Süßmuth



Der Begriff „Demokratie“ bezeichnet eine bestimmte Gesellschafts- und Regierungsform. Das Wort kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. In einer Demokratie sind Bürger an den wichtigen Entscheidungen beteiligt.

Jede*r Bürger*in hat das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Informationen und das Versammlungsrecht. Das Wahlrecht ist der Eckpfeiler des Systems. Wir in Deutschland leben in einer „parlamentarischen“ beziehungsweise „repräsentativen“ Demokratie. Das bedeutet, dass jede*r Bürger*in nur Vertreter*innen wählen darf, die die politischen Entscheidungen treffen, nicht aber selbst an einer Abstimmung teilnehmen kann.

JEDE*R BÜRGER*IN DARF WÄHLEN, WEN ER/SIE AM BESTEN FINDET

Jede*r Bürger*in darf alle vier Jahre bei der Bundestagswahl aus den verschiedenen Parteien, Volksvertreter*innen (Abgeordnete) für das Parlament in den Bundestag wählen. Nur das Parlament wird direkt vom Volk gewählt. Die Wahlen sind frei, allgemein, unmittelbar, gleich und geheim. **Frei** heißt, dass alle Bürger*innen die Politiker*innen und die Parteien wählen dürfen, die sie am besten finden. Niemand darf also gezwungen werden, eine bestimmte Partei zu wählen oder überhaupt wählen zu gehen. **Allgemein** ist die Wahl, weil alle wahlmündigen Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland das Stimmrecht besitzen – und zwar unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Konfession, Beruf, Herkunft oder politischer Überzeugung.

Unmittelbar bedeutet, dass die Wähler*innen die Abgeordneten direkt wählen. Es gibt keine Zwischeninstanz wie die sogenannten „Wahlmänner“ in den USA. **Gleich** ist die Wahl, weil jede Stimme gleich viel zählt. Und dadurch, dass die Wahl **geheim** ist, wird sichergestellt, dass der/die Wähler*in den Stimmzettel unbeobachtet ankreuzen kann.

Der/die Bundeskanzler*in wird von den Abgeordneten aus dem Parlament gewählt und nicht direkt von den Bürger*innen. Er/sie ist Regierungschef*in der Bundesrepublik Deutschland. Mit den Bundesminister*innen, die vom/von der Bundespräsidenten/-präsidentin ernannt werden, bilden sie zusammen die Bundesregierung. Der/die Bundespräsident*in ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland und wird von der Bundesversammlung gewählt.

DIE MINDERHEIT ERKENNT DIE MEHRHEITSENTSCHEIDUNG AN

In einer Demokratie gilt der Grundsatz, dass bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und dass die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Das Mehrheitsprinzip ist eine Kompromisslösung und gewährleistet, dass Konflikte friedlich ausgetragen werden.

Demokratie bedeutet, dass es eine Verfassung und Gesetze gibt, in denen schriftlich festgehaltene politische und rechtliche Regeln verankert sind. In Deutschland sind diese Regeln seit 1949 im Grundgesetz niedergeschrieben und galten zu der Zeit nur für „West-Deutschland“. Deutschland war damals ein geteiltes Land und sollte es bis zum 3. Oktober 1990 bleiben. Die damalige DDR hatte eine eigene Verfassung. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde das Grundgesetz dann zur Verfassung für Gesamt-Deutschland erklärt.

Unser demokratischer Staat ist gleichzeitig auch ein Rechtsstaat. Zudem hat unsere Demokratie als moderner Rechtsstaat die politische Macht auf das Parlament und die Regierung aufgeteilt. Es gibt unabhängige Gerichte, die das politische Geschehen kontrollieren. Damit es nicht zu einer Machtkonzentration bei einer kleinen Gruppe kommt oder Politiker*innen ihre Positionen zum eigenen Vorteil nutzen können, ist im Grundgesetz die Gewaltenteilung festgeschrieben.

GEWALTENTEILUNG BEDEUTET GEGENSEITIGE KONTROLLE

Gewaltenteilung bedeutet die Aufteilung der staatlichen Gewalt auf verschiedene Organe, die sich gegenseitig kontrollieren. Die gesetzgebende ist die Legislative, die ausführende die Exekutive und die rechtsprechende Gewalt die Judikative. Zur Legislative gehören in Deutschland der Bundestag, der Bundesrat und die Landtage. Hier wird über mögliche Gesetze beraten, die selbstverständlich der Verfassung entsprechen müssen. Jedes Gesetz muss vom/von der Bundespräsidenten/-präsidentin unterschrieben werden, bevor es in Kraft treten kann.

Zur Exekutive gehören die Bundesregierung sowie die Landesregierungen und alle Angestellten, die zum Beispiel in den Ministerien, Ämtern und Behörden arbeiten. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Gesetze umgesetzt werden. Die Exekutive hat aber auch die Möglichkeit, dem Bundestag Gesetze vorzuschlagen.

Bei der Judikative sind verschiedene Gerichte für unterschiedliche Aufgaben zuständig: Einige bestrafen Menschen für Vergehen, andere entscheiden, ob ein vorgeschlagenes Gesetz den Vorschriften der Verfassung entspricht usw. Zusammen bilden diese Gewalten die drei Säulen der Demokratie.



DEMOKRATIE ERMÖGLICHT ES, DAS LEBEN FREI ZU GESTALTEN

Ein demokratisches politisches System ermöglicht den Menschen, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, zum Beispiel durch freie Berufswahl.

In einer Präsidialdemokratie sind die Funktionen des Staatsoberhauptes und des/der Regierungschefs/-chefin in einer Person vereinigt. Dies ist zum Beispiel in den USA der Fall. Der/die Präsident*in und das Parlament werden direkt vom Volk gewählt. Sie sind nur dem Volk gegenüber verantwortlich und sollen unabhängig voneinander arbeiten. Das bedeutet eine strenge Trennung zwischen der Exekutive (Regierungsgewalt) und der Legislative (Gesetzgebungsgewalt). Daher kann der/die Präsident*in vom Parlament nicht abgesetzt werden oder das Parlament nicht vom Staatsoberhaupt aufgelöst werden.

Bei der direkten (oder plebiszitären) Demokratie, wie zum Beispiel in der Schweiz, werden politische Entscheidungen unmittelbar vom Volk getroffen. Der Volkswille soll möglichst unverfälscht in politische Entscheidungen übersetzt werden. Das bedeutet, dass die Bürger*innen direkt in einer Sachfrage mitentscheiden dürfen – etwa in Form von Volksabstimmungen, Volksbefragungen oder Volksbegehren. Bei der direkten Demokratie entscheidet das Volk anstelle des Parlaments, ob ein Gesetz gelten soll oder nicht. In der Schweiz werden die Bürger*innen ungefähr alle drei Monate zu Abstimmungen über verschiedene Themen aufgerufen. Lediglich für die Ausführung ist eine staatliche Behörde zuständig.

Marita Eschenhorst

Quellen: bpb, Deutscher Bundestag, Plattform politische Bildung



Die Geschichte unserer Demokratie begann nicht erst 1949. Ohne die Zerschlagung des Dritten Reichs hätte es zwar einen Neubeginn des demokratischen Deutschlands nicht gegeben. Jedoch wäre diese Demokratie ohne die Erfahrung der Freiheitsbewegungen 150 Jahre vorher vermutlich kein Erfolg geworden.

Der Franzose Jean Jacques Rousseau (1712–1778) war ein Vordenker der modernen Demokratie. „Wie lässt sich rechtmäßige Herrschaft begründen und ausüben?“ Solche Fragen auch nur zu stellen, schuf zwangsläufig Konflikte mit den regierenden Fürsten.

1789 begann die Französische Revolution. Sie hat die ganze Welt nachhaltig verändert.

Doch erst mit der Herrschaft Napoleons nach 1799 erfuhr das Heilige Römische Reich einen tiefen Umbruch. Durch den Reichsdeputationshauptschluss wurden alle geistlichen Fürstentümer aufgelöst, alle 112 Kleinstaaten und Reichsstädte verloren ihre Eigenständigkeit. Die Herrschaft Frankreichs wurde anfangs von vielen Menschen akzeptiert, denn sie brachte die Abschaffung der Frondienste, die gleiche Verteilung der Steuern, die Beseitigung der adligen Privilegien und die Öffentlichkeit der Gerichte.

Die Rheinkrise des Jahres 1840 war ein Einschnitt. Der Rhein sollte als natürliche Grenze Frankreichs etabliert werden. Darauf entflammte in mehreren Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes der Nationalismus. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 wirkte endgültig.

DEMOKRATISCHE REFORMEN UND FRAUENRECHTE AUF DEM VORMARSCH

In der Gründerzeit im 19. Jahrhundert übernahm das Bürgertum in Mitteleuropa die kulturelle Führung. Mit dem Wiener Börsenkrach 1873 fand der Aufschwung ein jähes Ende und ging in eine etwa zwanzigjährige wirtschaftliche Stagnation über.

Für den folgenden gesellschaftlichen Wandel war eine Reformbewegung verantwortlich, in deren Verlauf die „soziale Frage“ und deren Bekämpfung vorangetrieben wurden. Auch demokratische Reformen und Frauenrechte wurden forciert. Die Gesellschaftsstruktur wurde durch die Zunahme der städtischen Arbeiterbevölkerung und des neuen Mittelstandes wesentlich verändert. Die politische Entwicklung wurde bis 1890 vom ersten Kanzler des Reiches, Otto von Bismarck, bestimmt.

Nach Bismarcks Entlassung nahm Kaiser Wilhelm II erheblich Einfluss auf die Tagespolitik. Durch den Aufstieg von Massenverbänden und Parteien sowie die wachsende Bedeutung der Presse gewann die öffentliche Meinung an Gewicht. Die Regierung versuchte, den Rückhalt der Bevölkerung durch imperialistische Weltpolitik, eine antisozialdemokratische Sammlungspolitik und Flottenrüstung zu erhöhen. Außenpolitisch führte das jedoch in die Isolation und trug 1914 zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs bei.



Wie ist unsere moderne Staatsform entstanden? - Die Geschichte der Demokratie

EINE JUNGE REPUBLIK MIT GROSSER HYPOTHEK

Gegen Kriegsende 1918 kam es zu den Oktoberreformen, die jedoch nicht ausreichten, das Volk und das Ausland zufriedenzustellen. Schon bald erfolgte die Absetzung des Kaisers. Am 19. Januar 1919 fanden in Deutschland freie Wahlen, erstmals auch für Frauen, statt. Die Regierungsgewalt übernahmen die Sozialdemokraten, mit Friedrich Ebert als Kanzler. Im Sommer 1919 wurde die Republik ausgerufen und die verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar konstituierte das Reich als parlamentarische Demokratie.

Doch die junge Republik stand unter keinem guten Stern. Die Alleinschuld am Krieg und die Bedingungen des Friedens von Versailles erwiesen sich als schwere Hypothek. Links- und rechtsradikale Strömungen bekamen Aufwind. Wie tief die deutsche Gesellschaft gespalten war, wurde an der Vielzahl sehr unterschiedlicher Parteien deutlich. Weimar erscheint oft als „Demokratie ohne Demokraten“. Erneute Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit erschütterten das Vertrauen der Bevölkerung in diese Regierung.

Innerhalb von elf Jahren hatte die Weimarer Republik zehn Regierungschefs. Die radikalen Linken und Rechten erfuhren immer mehr Zustimmung aus dem Volk.

Die NSDAP mit ihrem Anführer Adolf Hitler wurde bei der Reichstagswahl im September 1930 zweitstärkste Fraktion im Reichstag. Die NSDAP fand immer mehr Zuspruch und am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Von 1933 bis 1945 war Adolf Hitler selbst ernannter Führer des Deutschen Reiches. In seinem Namen verübten die Nazis zahllose Verbrechen. Sie verfolgten und ermordeten Juden und Jüdinnen, Kranke und Menschen mit Behinderung. Mit dem Überfall auf Polen 1939 löste Hitler einen der verheerendsten Kriege in der Geschichte der Menschheit aus. Mehr als 50 Millionen Menschen fielen ihm zum Opfer.

EIN BRUCH IST UNVERMEIDLICH

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 scheiterten alle Pläne der Alliierten, eine gesamtdeutsche Verwaltung zu schaffen. Der Grundstein für den „Kalten Krieg“ und die Teilung Deutschlands wurde gelegt. Auf der Londoner Außenministerkonferenz kam es 1947 endgültig zum Bruch mit der Sowjetunion. In der Folge verkündeten die drei Westmächte am 3. Juni 1948 die politische Angleichung ihrer Zone und schufen die Grundlage für einen westdeutschen Staat.

Am 18. Juni 1948 wurde mit der Währungsreform die Deutsche Mark in den Westzonen eingeführt. Ludwig Erhard, wirtschaftlicher Direktor der westlichen Zonen, verkündete die Soziale Marktwirtschaft.

Es kam zur Konfrontation mit Stalin, der seinen Anspruch auf Berlin untermauern wollte. Fast ein Jahr lang wurden die Westberliner über eine Luftbrücke mit dem Notwendigsten versorgt. Eine Teilung des Landes und der Stadt Berlin war nicht zu verhindern, denn in Frankfurt arbeitete ein Parlamentarischer Rat unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer (CDU) und Carlo Schmidt (SPD) bereits am Grundgesetz. Die Politiker waren sich einig, dass sich die Geschehnisse des Dritten

Reichs in Zukunft nicht wiederholen durften. Am 23. Mai 1949 wurde das deutsche Grundgesetz verabschiedet und damit das Fundament für einen demokratischen Staat gelegt. Die Bundesrepublik Deutschland war gegründet.

Aufbau des Grundgesetzes:

Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes beschreiben die Grundrechte der deutschen Bürger*innen. Alle weiteren Artikel beschreiben die staatliche Organisation der Bundesrepublik. Hier ist festgelegt, dass Deutschland ein Rechts- und Sozialstaat ist.

Ebenfalls im Grundgesetz beschrieben ist das Prinzip der Gewaltenteilung in die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und Rechtsprechung. Die Gewaltenteilung sorgt dafür, dass kein Verfassungsorgan die alleinige Macht im Staat an sich reißen kann. Eine Diktatur im Dritten Reich kann es auf dieser Grundlage nicht mehr geben.

Bettina Brenning

Quellen: Planet Wissen, „Geschichte und Geschehen“, Ernst Klett Verlag, bpb



THEMENVORSCHLAG:

- Mitte und Bürgertum als soziale Formationen



Vom Küchentisch bis ins Parlament - Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung gibt es?

Politik wird in Berlin gemacht! So ist oft die allgemeine Meinung. – So ist es. Allerdings nicht nur. Das politische Leben in Deutschland ist mehr als Kanzleramt, Bundestag und Parteizentralen. An vielen Stellen füllen Menschen wie du und ich die deutsche Demokratie mit Leben.

An der Basis, in den Kommunen, arbeiten Gemeinde- und Stadträte am Gelingen des Alltags vor Ort. In den Ländern streiten Abgeordnete um die richtige Bildungspolitik, um Umweltfragen und die Polizei. Und im Bund wirken nicht nur die rund 600 Abgeordneten des Bundestages an den Entscheidungen mit: Zahlreiche Mitarbeiter*innen im Parlament und den Ministerien, Interessenvertreter*innen, und oftmals auch der Bundesrat, spielen eine Rolle, wenn Gesetze verfasst werden.

DIE BÜRGER*INNEN SIND DIE BASIS DER STAATSGEWALT

Die Demokratie lebt aber vor allem von den Bürger*innen, sie sind die Basis der Staatsgewalt. In Wahlen und Bürgerentscheiden, durch gesellschaftliches und politisches Engagement und durch ihr Interesse für die diskutierten Themen legen sie die Grundlage für einen funktionierenden Staat.

Konkret etwas bewirken – das wollen auch schon die Kinder, zum Beispiel im Kinder- und Jugendparlament oder als Klassensprecher*in, wenn es darum geht, die Interessen der Klasse vor dem/der Klassenlehrer*in zu vertreten.

Kinder lernen heute, frei ihre Meinung zu sagen und sich schon früh für ihre Interessen einzusetzen.

Das fängt zu Hause am Küchentisch an. Hier ist der Ort, wo über aktuelle Themen diskutiert wird, Wissen vermittelt wird und wir uns eine Meinung bilden. Ausschlaggebend heute ist, dass wir diskutieren und gemeinsam entscheiden. Früher war Gesetz, was der Hausherr sagte. Das hatte nicht viel mit Demokratie zu tun. Heute haben in der Regel alle Familienmitglieder eine Stimme und beschließen gemeinsam.

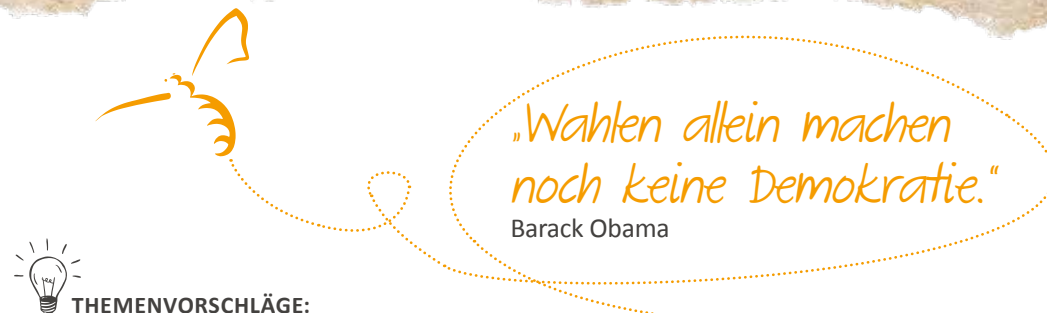
Dieses erste Meinungsbild wird dann weitergetragen und diskutiert in Schulen, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und in den Gemeinderäten. Nur, wenn wir unsere Meinung weitertragen, kann sie auch gehört werden.

Eine Meinung zu haben und sie im stillen Kämmerlein für sich zu behalten, bringt nichts – da wird sie still vor sich hinvegetieren und es wird sich nichts ändern.

Frank-Walter Steinmeier hat es sehr treffend in seiner Weihnachtsansprache 2019 gesagt, es heißt nicht: „Alles Gute kommt von oben“, sondern: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Elisabeth Brunkhorst

Quelle: bpb, Die Zeit



„Wahlen allein machen
noch keine Demokratie.“

Barack Obama

THEMENVORSCHLÄGE:

- Demokratie leben, erkennen, beraten
- Demokratie als Gesellschaftsordnung – oder: Warum regelmäßige Wahlen und Mehrheitsentscheidungen nicht alles sind
- Miteinander reden – miteinander handeln
- Volksbegehren und Bürgerbegehren als Instrumente der direkten Demokratie
- Zwischen Symbolpolitik und Ernstfall – kommunale Partizipation von Jugendlichen

Veranstaltungstipp: Organisieren Sie eine Diskussionsrunde mit Politikern verschiedener Parteien, auch im Hinblick auf die Bundestags- und die Kommunalwahlen im Jahr 2021, zum Beispiel zum Thema „Wo steht unsere Demokratie?“ – Dieses Veranstaltungsformat passt besonders gut zum Thema und sicher wird sich eine kontroverse Diskussion ergeben.



Gleichberechtigung gestern und heute? - Frauen in der Demokratie

„Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts.“ (Simone de Beauvoir, Schriftstellerin 1908–1986)

Gleichberechtigung und Mitsprache der Frauen in demokratischen Gesellschaftsprozessen haben sich erst in den letzten 150 Jahren nach und nach durchgesetzt. Selbst in Griechenland, dem Ursprungsland der Demokratie, wurde neben Sklav*innen und Bewohner*innen ohne Bürgerstatus Frauen das Mitspracherecht in politischen Angelegenheiten verwehrt. Das war vor mehr als 2.000 Jahren. Auch in den anschließenden Jahrhunderten hat sich nicht viel geändert.

Falls Frauen sich trotzdem kritisch äußerten, wurden sie oftmals entweder in Klöster verbannt oder im schlimmsten Fall auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Im Gegensatz zu den Männern, die die demokratische Mitbestimmung mit wehenden Fahnen und geballten Fäusten einforderten, haben Frauen sich eher auf langwierigen Vereinssitzungen, in Petitionen und Artikeln und mit Bildungsarbeit um mehr gesellschaftliche Reformen bemüht. Allenfalls die Suffragetten-Bewegung in Großbritannien bildete da eine Ausnahme.

FRAUEN KÄMPFEN UM TEILHABE AM BILDUNGSSYSTEM

Versuche von Frauen um mehr politische Mitsprache wurden ab 1850 mit Gründungen unpolitischer Frauenvereine untermauert. Die Vereine wurden vermehrt in den Städten gebildet. Für den ländlichen Raum machte sich 1898 Elisabeth Boehm auf und gründete die ersten LandFrauen-Organisationen. Dabei ging es den Frauen in Stadt und Land in erster Linie um Zugang zum gesamten Bildungssystem für Frauen und Mädchen. Von einem Wahlrecht war nur in Ausnahmefällen die Rede, obwohl einige Frauenrechtlerinnen wie Hedwig Dohm dieses schon seit 1878 forderten.

Zwar wurde im Grundrechtskatalog von 1848 „Freiheit“ für alle Bürger*innen festgeschrieben, aber damit waren offenbar nur Männer gemeint. 1894 schlossen sich Frauenvereine zu einem „Bund deutscher Frauenvereine“ zusammen. Durch Aufhebung des preußischen Vereinsrechts von 1908 durften Frauen auch politischen Vereinen beitreten oder sie selber gründen. Doch es sollte noch fast 25 Jahre dauern, bis die Frauen 1918 das Wahlrecht für sich gesetzlich einfordern durften.

Im Artikel 109, Abs. 2 der Weimarer Verfassung von 1919 findet sich schließlich der Satz: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Das schloss sowohl das passive (Wählbarkeit) als auch das aktive (Wahlberechtigung) Wahlrecht ein. Am 19. Januar 1919 gaben bei der ersten Wahl der neuen Weimarer Republik 80 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab. Von den insgesamt 423 Abgeordneten zogen 37 Frauen in die Nationalversammlung ein.

SEIT 1949 SIND FRAUEN UND MÄNNER LAUT GRUNDGESETZ GLEICHBERECHTIGT

Leider währte dieses nur bis 1933, durch den Machtantritt der NSDAP wird den Frauen das passive Wahlrecht entzogen. Künftig gilt wieder das klischeehafte Frauenbild „Kinder, Kirche, Küche“. Nach dem Zweiten Weltkrieg muss Deutschland politisch neu anfangen. Durch den Parlamentarischen Rat wird mit 61 Männern und vier Frauen eine neue Verfassung erarbeitet. Diesen vier

Frauen, darunter die Juristin Elisabeth Selbert, ist es zu verdanken, dass 1949 im Grundgesetz der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ aufgenommen wird.

Bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland betrug der Frauenanteil in den Parlamenten 6,8 Prozent und liegt aktuell bei fast 31 Prozent. Das Ziel ist nach wie vor eine paritätische Besetzung. In der ehemaligen DDR lag der Frauenanteil der Volkskammer bis zu deren Auflösung 1990 zwischen 23 und 32,2 Prozent. Seitdem haben Frauen immer wieder auf Gleichberechtigung von Mann und Frau gepocht.

Im Juni 2019 hat sich die Länderkonferenz für die Parität in Deutschen Parlamenten ausgesprochen. In Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes sieht sie den klaren Auftrag an den Staat, geeignete und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in der Politikbeteiligung voranzubringen. Das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene soll entsprechend ausgestaltet werden. Hintergrund ist die aktuell tendenziell rückläufige Anzahl an Parlamentarierinnen.



„Parlamente sind die Orte politischer und gesellschaftlicher Willensbildung. Frauen müssen in einer modernen Demokratie daran hälftig beteiligt werden, schließlich bilden sie die Hälfte unserer Gesellschaft. Nur durch eine gesetzliche Regelung können wir eine Parität in den Parlamenten erreichen.“

Carola Reimann

Gleichberechtigung gestern und heute? - Frauen in der Demokratie

Niedersachsen setzt sich dafür ein, den Anteil von Frauen in Parlamenten zu erhöhen. Eine Säule ist die Forderung nach einem Paritätsgesetz. Darüber unterstützt das Gleichstellungsministerium mit dem Mentoring-Programm „Frau. Macht. Demokratie.“ künftige Nachwuchspolitikerinnen.

Weltweit kommt die gesetzliche Gleichstellung nur sehr langsam voran. Eine Studie des Weltbank-Instituts IBRD von 2019 hat ergeben, dass nur in sechs Staaten Gleichberechtigung garantiert wird, nämlich in Schweden, Belgien, Dänemark, Frankreich, Lettland und Luxemburg. Von insgesamt 187 Ländern landet Deutschland auf Platz 31, USA auf Platz 65. Frauen werden am stärksten in arabischen Ländern benachteiligt. Schlusslichter sind der Iran, Sudan, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi-Arabien.

Karin Plate

Quellen: demokratiegeschichte.eu, bpb, digitales deutsches Frauenarchiv, wikipedia
Die Zeit, wbl.worldbank.org



THEMENVORSCHLÄGE

- Halbe/Halbe: Auf dem Weg zur Parität – neue Entwicklungen
- Wir haben die Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Aufbruch
- Frau.Macht.Demokratie – Mentoring, wie geht das?
- Kommunalpolitik, die Frauen mitdenkt
- Mädels und Karriere – geht das auch in der Politik?



„Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, wenden Sie sich an einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, wenden Sie sich an eine Frau.“

Margret Thatcher



Wohin steuern wir gegenwärtig? - Gefahren für die Demokratie

Die Demokratie ist weltweit auf dem Rückzug. In 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich die Qualität der Demokratie in den vergangenen Jahren meist deutlich verschlechtert.

Viele Jahrzehnte lang galt das demokratische System bei uns unangefochten als Erfolgsmodell. Seit einigen Jahren verliert diese Einschätzung an Gewicht. Gegenüber etablierten Parteien und Institutionen macht sich Ermüdung breit, populistische und nationalistische Tendenzen nehmen zu und Meinungsmache und Fake News bestimmen den öffentlichen Diskurs. Die geltenden Werte der Gesellschaft verändern sich. Es ist ungewiss, wohin die Reise geht. Entziehen Wahlmüdigkeit, Erstarken des Rechtspopulismus und Meinungsmache in den sozialen Medien unserer Demokratie das Fundament? Ein Spotlight auf einige Gefahren für unsere Demokratie.

WAHLMÜDIGKEIT

Wenn wir wählen, legitimieren wir die Regierenden in ihrer Machtausübung. Je weniger Bürger*innen dieses Recht wahrnehmen, desto stärker ist unsere Demokratie in der Krise.

Bei den Bundestagswahlen 1972 sind 91,1 Prozent und 1976 90,7 Prozent der Wahlberechtigten wählen gegangen, bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1974 84,4 Prozent. Diese Werte wurden davor und danach niemals erreicht. Der bisher absolute Tiefstand lag bundesweit im Jahr 2009 bei 70,9 Prozent und bei niedersächsischen Landtagswahlen 2008 bei 57,1 Prozent. Zuletzt erreichte die Beteiligung auf Bundesebene 2017 76,2 Prozent und in Niedersachsen im Jahr 2019 63,1 Prozent.

Sind die Zahlen in den vergangenen Jahren auch wieder leicht gestiegen, von den Spitzenwerten der 70er-Jahre sind wir weit entfernt. Warum nehmen so viele Menschen ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung bei den Wahlen nicht wahr?

Die Wahlbeteiligung liegt in benachteiligten Milieus bis zu 40 Prozentpunkte unter der sozial stärkeren Milieus. Und innerhalb der benachteiligten Gesellschaftsgruppen führt offenbar vor allem Politik- oder Demokratieverdrossenheit dazu, nicht wählen zu gehen. Das zeigt die Studie „Gib mir was, das ich wählen kann“ der Denkfabrik aus Stuttgart aus dem Jahr 2017. Diese stellt verschiedene Grundmotive für das aktive Fernbleiben von Wahlen heraus. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Politiker*innen und der Demokratie im Allgemeinen die Legitimation entzogen und dem verlorenen Glauben an Sinn und Regeln der Demokratie Ausdruck verliehen werden soll.

ERSTARKEN DES POPULISMUS

Unmittelbare Auswirkungen auf die Demokratie hat der Populismus. Rechtspopulistische Parteien versprechen einfache, nationale Lösungen, zum Beispiel in der Flüchtlings-, in der Klima- und in der Wirtschaftspolitik.

Wohin steuern wir gegenwärtig? - Gefahren für die Demokratie

Wenn sich soziale Probleme und politische Konflikte zuspitzen und die etablierten Parteien, die Regierung aus Sicht mancher Bevölkerungsgruppen keine hinreichenden Lösungen anbieten und Menschen die demokratische Wertegemeinschaft in ihrem Alltag nicht erkennen, können sich die Rechtspopulist*innen als politische Alternative positionieren.

Unsere Gesellschaft muss sich mit der Frage des Rechtspopulismus auseinandersetzen. Das zeigt der rasante politische Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD).

Dem Portal www.laendlicher-raum.info des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zufolge lässt sich besonders im ländlichen Raum beobachten, dass rechte Propaganda stärker verfängt und rechtsextreme Mobilisierungs- und Organisationsformen erfolgreicher sind als in urbanen Ballungsgebieten. Teile der rechtsextremen Szene nutzen den ländlichen Raum offenbar gezielt als Experimentierfeld ihrer politischen Strategie.

GEFAHR DURCH SOZIALE MEDIEN

Soziale Medien bringen ohne Frage eine gute Vernetzung mit sich. Doch eine Begleiterscheinung sind auch Sorgen um Manipulationen bei Wahlen und Abstimmungen durch Trolle und „Social Bots“. Außerdem gibt es Kommunikationsbeschränkungen durch die sogenannte Filterblase, Meinungsmache durch „Hate Speech“, zu Deutsch „Hassrede“, und Fehlinformationen, sogenannte „Fake News“.

In den sozialen Medien sind Beiträge schnell geteilt, Fake News werden dabei nach einer aktuellen Studie der Oxford University wesentlich häufiger geteilt als Nachrichten aus verlässlichen Quellen. Auch populistische Äußerungen verbreiten sich so schnell. Auf diese Weise können sich populistische Kräfte mit geringem Aufwand etablieren.

Mit den sozialen Medien ist es sogenannten „Influencer*innen“ möglich, mitzureden. Politische Influencer*innen können Kritik äußern, emotionalisieren und rasche Maßnahmen verlangen. Sie können schnelle Lösungen von der Politik fordern, ganz nach ihren Vorstellungen. Ein Beispiel ist der Youtuber Rezo mit seinem Video „Die Zerstörung der CDU“.

Wenn Influencer*innen so agieren, verkennen sie die Mechanismen demokratischer Prozesse. Denn diese sind aufwendig und leben vom Austausch verschiedener Interessengruppen. Kritik und Interessenanmeldung sind in sozialen Medien schnell hervorgebracht. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Umsetzung genauso schnell erfolgen kann beziehungsweise ungeprüft erfolgen muss.

Neue Ideen aus der Gesellschaft in demokratische Prozesse einzubringen, ist grundsätzlich positiv. Die sozialen Medien stellen jedoch aufgrund ihres Tempos und der skizzierten Mechanismen eine große Herausforderung für die Demokratie dar. Dieser muss sie sich stellen.

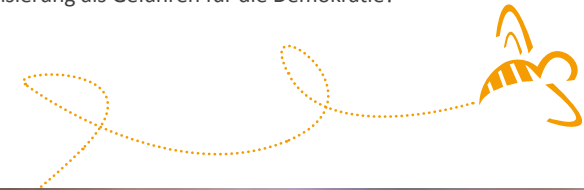
Birgit Wessel

Quellen: Bertelsmann Stiftung, statista



THEMENVORSCHLÄGE:

- Wo steht unsere Demokratie? - Impulse zu Werten, Kernmerkmalen und Gefährdungen
- Deutschland – rechts außen
- Das Internet – empfundene oder echte Herausforderung für die Demokratie?
- Neue Siedler und alte Strukturen – Heimatverein, Feuerwehr, Elternbeirat: Wie völkische Siedler versuchen, in Dörfern Einfluss zu gewinnen
- Populismus in Europa und seine Auswirkungen auf die Demokratie
- Rechtspopulismus und Demokratie
- Rechtsruck – was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge im ländlichen Raum?
- Internet und Digitalisierung als Gefahren für die Demokratie?



„Die Demokratie ist auch in Gefahr durch schweigende Untätigkeit der Mehrheit.“

Wolfgang Thierse

Wie zufrieden sind die Deutschen mit der Demokratie?

Generell sind die Deutschen große Anhänger der Demokratie: 83 Prozent der Bundesbürger*innen halten Demokratie generell für eine gute Sache. 79 Prozent finden zudem, dass die Demokratie die beste Staatsform für Deutschland ist. Das sind die Ergebnisse einer Befragung des Sinus-Instituts im September 2019.

Wenn es allerdings um den demokratischen Alltag geht, kann eine wachsende Unzufriedenheit und schwindendes Vertrauen in Regierung und Politik beobachtet werden. Nicht einmal jede*r Zweite ist damit zufrieden, wie die Demokratie hierzulande funktioniert. Was sind die Ursachen?

Ein Grund, der besonders häufig genannt wird, ist das Gefühl, neben den Wahlen zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten zu haben. Das passt auch dazu, dass immer mehr Menschen Bürger*innen bzw. Volksentscheide bei der Gesetzgebung befürworten. Der Wunsch nach mehr Mitsprache mag zum Teil auf das Internet und soziale Medien zurückzuführen sein, denn die neuen digitalen Möglichkeiten machen es den Bürger*innen einfacher, sich zu informieren und zu beteiligen.

Es ist allerdings zu vermuten, dass sich darin vielmehr eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Politiker*innen bzw. mit den Ergebnissen dieser Arbeit widerspiegelt. So sind nach einer Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2019 knapp drei Viertel der Befragten der Ansicht, Politiker*innen würden sich zu wenig um ihre Sorgen und Anliegen kümmern. Noch höher fällt der Anteil derjenigen aus, die der Meinung sind, Politiker*innen versprechen mehr, als sie halten können (88 Prozent). In welchen Politikbereichen eher Defizite gesehen werden als in anderen (zum Beispiel Migrationspolitik, Sozialpolitik, Klimapolitik oder konkrete Anliegen wie Breitbandausbau) ist stark von der Befragung abhängig.

Können wir LandFrauen daraus einen Schluss ziehen? Auf jeden Fall, denn viele Politiker*innen registrieren das schwindende Vertrauen und sind offener für Gespräche. Diese Gelegenheiten gilt es zu nutzen und auch mehr Beteiligung (zum Beispiel Runde Tische, Bürgerdialoge) einzufordern.

Ina Janhsen

Quellen: SINUS-Studie zum Tag der Demokratie (15. September) in Kooperation mit YouGov, abgerufen unter: <https://www.sinus-institut.de/veroeffentlichungen/downloads/>

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2019) „Vertrauen in Demokratie“, abgerufen unter: <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>

Populisten erkennen

Überall auf der Welt haben populistische Stimmen in der Politik zugenommen. Donald Trump, Marine Le Pen und Alice Weidel sind nur einige Beispiele für Politiker*innen, die sich aber der gleichen Redestrategien bedienen. Besonders typisch sind eine drastische Wortwahl und das Schüren von Ängsten. Wir haben hier zusammengestellt, an welchen Anzeichen populistische Sprache unter anderem zu erkennen ist.

Populist*innen unterscheiden zwischen zwei Gruppen: wir und die „anderen“. Wer die „anderen“ sind, ist nicht festgelegt. Das können andere Politiker*innen, ethnische Gruppen, Eliten usw. sein. Dabei steht das „wir“ in der Regel für die „Guten“, während die „anderen“ für Probleme verantwortlich gemacht werden bzw. an Lösungen interessiert sind. Statt auf Konsens und Miteinander zu setzen, wird die Gesellschaft auf diese Weise gespalten.

Gerne wird in populistischen Äußerungen betont, den Willen des Volkes, des kleinen Mannes bzw. der kleinen Frau zu repräsentieren. So wird der Eindruck geweckt, es gäbe einen klaren Volkswillen, der nur nicht umgesetzt werden würde. Was das Volk will, läge quasi „auf der Hand“ und eine weitere Diskussion wird damit als überflüssig erklärt. Die Tatsache, dass es unterschiedliche Meinungen und anderen Ansichten gibt, wird ausgeblendet.

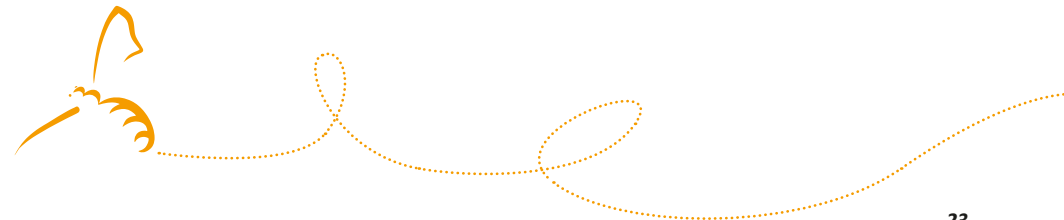
Typisch ist zudem, auf schwierige, vielschichtige Probleme (zum Beispiel Euro-Krise, Flüchtlingskrise, Corona-Pandemie) einfache Antworten parat zu haben bzw. übersichtliche Lösungen anzubieten. Berufen wird sich dabei häufig auf den „gesunden Menschenverstand“. Nicht selten werden wissenschaftliche Erkenntnisse angezweifelt oder Fakten umgedeutet.

Populistisches Sprechen ist in allen politischen Lagern zu finden, jedoch auf der rechten Seite nach Einschätzung des Heidelberger Sprachwissenschaftlers Ekkehard Felder häufiger.

Simone Malz

Quellen: *Populismus für Anfänger: Anleitung zur Volksverführung* (von Walter Ötsch und Nina Horacek 2017)

„Populistisches Sprechen schürt Angst, grenzt aus und homogenisiert“, Interview mit Ekkehard Felder in Zeit Online vom 05.08.2018, abgerufen unter: <https://www.zeit.de/politik/2018-07/rhetorik-populismus-sprache-wissenschaft-erkennen/komplettansicht?print>



So kann man es verstehen - Glossar zur Demokratie

Begriff	Inhalt
Abgeordnete*r	Wer in Deutschland in Bundestag oder Landtag gewählt wird, ist ein*e Abgeordnete*r und vertritt den Wählerwillen und ist nur seinem/ihrer Gewissen verpflichtet (Freies Mandat). Voraussetzung dafür, Abgeordnete*r zu werden, ist die Volljährigkeit und die deutsche Staatsangehörigkeit (seit mindestens einem Jahr).
Bundeskanzler*in	Der/die Regierungschef*in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler*in und Bundesminister*innen bilden zusammen die deutsche Bundesregierung. Der/die Regierungschef*in bestimmt laut Verfassung die Richtlinien der Politik. In der Praxis muss ein*e Bundeskanzler*in allerdings die Vorstellungen seiner/ihrer eigenen Partei und seiner/ihrer Koalitionspartner*innen berücksichtigen.
Bundesland	Teilsouveräner Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1990 besteht die Bundesrepublik aus 16 (Bundes-)Ländern.
Bundespräsident*in	Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Der/die Bundespräsident*in vertritt den Bund völkerrechtlich und nimmt besonders in Krisenzeiten staatspolitische Aufgaben von großer Tragweite wahr. Erst durch seine/ihre Unterschrift erhalten Gesetze Rechtskraft. Unter anderem hat er/sie bei der Wahl des/der Bundeskanzlers/Bundeskanzlerin, im Falle einer vom/von der Bundeskanzler*in verlorenen Vertrauensfrage oder bei der Wahl einer Minderheitsregierung eine wichtige Rolle.
Bundesrat	Ein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland. Über den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.
Bundesrepublik Deutschland	Die Bundesrepublik Deutschland ist als freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat verfasst. Zu diesem gehören seit der Wiedervereinigung 1990 16 (Bundes-)Länder.
Bundestag	Der Deutsche Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik und als solches das gesetzgebende Organ mit Sitz in Berlin. Der Bundestag wird als einziges Verfassungsorgan des Bundes direkt den deutschen Staatsbürger*innen gewählt.
Bundesversammlung	Ein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, das nur zur Wahl des/der Bundespräsidenten/Bundespräsidentin zusammenkommt. Die Wahl des/der Bundespräsidenten/Bundespräsidentin ist seine einzige Aufgabe.
Bundesverfassungsgericht	Das Verfassungsgericht des Bundes. Es ist als Hüter deutschen Verfassung bzw. des Grundgesetzes zugleich unabhängiges Verfassungsorgan und Teil der judikativen Staatsgewalt. Durch seine maßgeblichen Entscheidungen liefert es eine verbindliche Auslegung des Verfassungstextes.
Demokratie	„Herrschaft des Staatsvolkes“ (aus dem Altgriechischen). Eine politische Ordnung, in der Macht und Regierung vom Volk ausgehen.
Demokratie, direkt	In einer direkten oder unmittelbaren Demokratie stimmt die stimmberechtigte Bevölkerung unmittelbar über politische Fragen ab. Gemeint ist einerseits eine Herrschaftsform, in der (ein Teil der) Macht durch Abstimmungen direkt vom Volk ausgeübt wird. Vollständige Machtausübung wären in Abgrenzung dazu Basisdemokratie oder Anarchie. Der Begriff kann sich aber auch auf einzelne politische Entscheidungsverfahren beziehen, in einer ansonsten repräsentativen Demokratie.
Demokratie, parlamentarisch	In der parlamentarischen oder repräsentativen Demokratie (auch indirekte oder mittelbare Demokratie) entscheidet nicht das Volk unmittelbar über politische Sachfragen, sondern die gewählten Abgeordneten.
Drittes Reich	Nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus umstrittene Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland. Denn der Begriff wurde zuvor von der Völkischen Bewegung und den Nationalsozialisten propagandistisch für die von ihnen angestrebte Diktatur eingesetzt.

Begriff	Inhalt
Exekutive	Die vollziehende Gewalt. Neben Legislative und Judikative eine der drei Staatsgewalten. In Staaten mit Gewaltenteilung werden diese voneinander unabhängig ausgeübt und kontrollieren sich gegenseitig.
Extremismus	Politische Einstellungen und Bestrebungen an äußersten Rändern des politischen Spektrums, die außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen.
Fake News	In den sozialen Medien bewusst gestreute Falschnachrichten.
Faschismus	Bezeichnung für alle extrem nationalistischen, antiliberalen und antimarxistischen Bewegungen oder Herrschaftssysteme, die nach dem Ersten Weltkrieg die parlamentarischen Demokratien ablösen wollten und sich nach dem sogenannten Führerprinzip organisierten.
Filterblase	Laut dem Medienwissenschaftler Eli Pariser ist die sogenannte Filterblase ein Ausschluss von Internetnutzer*innen von Informationen, die nicht seinem Standpunkt entsprechen. Dem liegt zugrunde, dass im Hintergrund von sozialen Medien Algorithmen laufen, die den Nutzer*innen Informationen auf Basis ihres bisherigen Klickverhaltens und weiterer verfügbarer individueller Daten ausspielen, und andere nicht.
Föderalismus	Ein Organisationsprinzip, bei dem die einzelnen Glieder zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen sind, aber über eine gewisse Eigenständigkeit verfügen. In der Bundesrepublik Deutschland sind die einzelnen Glieder die 16 (Bundes-)Länder.
Frauenquote	Die Frauenquote ist eine Regelung zur Schaffung von Gendergerechtigkeit bei der Besetzung von Gremien oder Stellen. Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.
Gewaltenteilung	Die Gewaltenteilung ist im Grundgesetz verankert. Demnach teilt sich die Staatsgewalt in Exekutive (die vollziehende Gewalt), in die Legislative (die gesetzgebende Gewalt) und die Judikative (die rechtsprechende Gewalt). Die Gewalten kontrollieren einander gegenseitig.
Grundgesetz	Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Darin sind die Grundlagen unseres Staatssystems festgehalten. Alle neuen Gesetze müssen verfassungskonform sein und müssen also die grundsätzlichen Bestimmungen wie zum Beispiel den Artikel 3(2) „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ beachten.
Influencer*in	Ein*e Influencer*in ist eine Person, die eine hohe Beliebtheit und Reichweite in sozialen Netzwerken hat und Vorbild für viele Follower*innen ist.
Judikative	Die rechtsprechende Gewalt. Neben Exekutive und Legislative eine der drei Staatsgewalten. In Staaten mit Gewaltenteilung werden diese voneinander unabhängig ausgeübt und kontrollieren einander gegenseitig.
Legislative	Die gesetzgebende Gewalt. Neben Exekutive und Judikative eine der drei Staatsgewalten. In Staaten mit Gewaltenteilung werden diese voneinander unabhängig ausgeübt und kontrollieren sich gegenseitig.
Nationalsozialismus	Eine radikale Ideologie, die unter anderem durch antisemitisches, rassistisches, nationalistisches, völkisches, sozialdarwinistisches, antikommunistisches, antiliberale und antidemokratisches Gedankengut geprägt ist. Adolf Hitler, Diktator von 1933–1945 im Deutschen Reich, war ein nationalsozialistischer Führer.
Parität	In Bezug auf das Wahlrecht bedeutet Parität gleiche Teilhabe. Das heißt, dass gleich viele Frauen und Männer auf den Wahllisten stehen und die gleichen Chancen haben, in die Parlamente einzuziehen.
Parlament	Die politische Volksvertretung in repräsentativ-demokratischen Staaten, die Legislative. Es ist jedoch nicht jeder Staat, der ein Parlament hat, eine Demokratie.

So kann man es verstehen - Glossar zur Demokratie

Begriff	Inhalt
Partei	Ein Zusammenschluss von Menschen, der innerhalb eines politischen Systems möglichst viel politische Mitsprache anstrebt, um seine Ziele zu verwirklichen.
Populismus	Populismus zeichnet sich durch eine mit politischen Absichten verbundene, auf Volksstimmungen gerichtete Themenwahl und Rhetorik aus. Dabei sollen gezielt bestimmte Stimmungen hervorgerufen und vorhandene Stimmungslagen für politische Zwecke ausgenutzt werden.
Präsidialdemokratie	Ein Regierungssystem, bei dem ein*e Präsident*in die Funktionen des Staatsoberhauptes, des/der Regierungschefs/-chefin und des/der militärischen Befehlshabers/-haberin innehat. Anders als beim parlamentarischen Regierungssystem wird auf die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der gesetzgebenden Körperschaft verzichtet (siehe USA).
Rechtsstaat	Ein Staat, der sich an seine legitimierte Verfassung hält, das von seiner Volksvertretung gesetzte Recht verwirklicht und unter der Kontrolle unabhängiger Richter steht.
Regierung	Eine Regierung lenkt die Politik nach innen und außen. Zur Regierung gehören in der Regel ein*e Regierungschef*in und mehrere Minister*innen mit ihren Ministerien.
Republik	Alle nicht monarchischen Staatsformen werden als Republik bezeichnet. In einer Republik ist das Staatsoberhaupt vom Volk legitimiert.
Social Bot	Social Bots sind Programme in sozialen Netzwerken, die menschliche Verhaltensmuster simulieren. Ihnen liegen bestimmte Algorithmen zugrunde. Mit ihnen wird menschliche Präsenz im Web vorgetäuscht. Sie tauchen vor allem im PR-Bereich, im Marketing und als politisches Propagandainstrument auf.
Soziale Medien	Alle digitalen Plattformen, die ihre Nutzer*innen vernetzen und im interaktiven Austausch unterstützen, Beispiele sind Facebook, Instagram, Twitter oder TikTok.
Suffragette	Frauenrechtlerinnen Anfang des 20. Jahrhunderts in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Die Suffragetten kämpften mit passivem Widerstand, Störungen offizieller Veranstaltungen und Hungerstreiks für ein allgemeines Frauenwahlrecht.
Troll	Ein Troll ist im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken eine Person, die mit ihren Beiträgen (vor allem Kommentare) andere Diskussionsteilnehmer*innen emotional provozieren will.
Verfassung	Das zentrale Rechtsdokument oder der zentrale Rechtsbestand eines Staates, Gliedstaates oder Staatenverbundes. Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Verfassung das Grundgesetz.
Volksabstimmung	Abstimmung der stimmberechtigten Staatsbürger*innen über Sachfragen. Volksabstimmungen sind Ausdruck der unmittelbaren Demokratie.

Begriff	Inhalt
Volksbegehren	Eine Form der Volksabstimmung. Ein Volksbegehren geht initial vom Volk aus und hat die Schaffung einer Regelung bzw. eines Gesetzes durch das Parlament zum Ziel.
Wahlbeteiligung	Mit der Wahlbeteiligung ist der Anteil der Wahlberechtigten gemeint, die bei einer Wahl tatsächlich gewählt haben.
Wahlen	Ein Verfahren in Staaten, Gebietskörperschaften und Organisationen zur Bestellung einer oder mehrerer repräsentativer Personen als herrschaftsausübendes Organ. Aus Bundestags- oder Landtagswahlen gehen in der Bundesrepublik Deutschland Abgeordnete hervor. Auch auf anderen Ebenen (Kreise, Gemeinden ...) gibt es Wahlen. Die Amtsinhaber*innen werden qua Wahlergebnis legitimiert. In Deutschland gelten fünf Wahlrechtsgrundsätze: Demnach sind die Wahlen allgemein, frei, gleich, unmittelbar und geheim.
Wahlrecht, aktiv	Das Recht eines*r Wahlberechtigten, bei einer Wahl zu wählen.
Wahlrecht, passiv	Das Recht, bei einer Wahl gewählt zu werden.

„Die Menschenrechte
haben kein Geschlecht.“
Hedwig Dohm

Organisationen und Referent*innen

Name	Straße	PLZ	Ort	Tel.
Adolf-Bender-Zentrum für Demokratie und Menschenrechte	Gymnasialstr. 5	66606	St. Wendel	06851 80 82 79-0
Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane, Marius Hellwig	Novalisstr. 12	10115	Berlin	030 240886-10
Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt	Bohlweg 55	38100	Braunschweig	0531 1233655
Bund der Deutschen Landjugend	Claire-Waldoff-Str. 7	10117	Berlin	030 235 99 35-0
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Glinkastr. 24	10117	Berlin	030 18-555-0
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) , Hans Georg Feldbauer	Michaelkirchstr. 17-18	10179	Berlin	030 62980-108
Bundeszentrale für politische Bildung	Adenauerallee 86	53113	Bonn	0228 99515-0
Demokratie leben", Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wolfenbüttel, Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport	Reichsstr. 6	38300	Wolfenbüttel	05331 98 49 79
Dorfmoderation Hahausen Claudia Mehl	Neuekrug 27	38729	Hahausen	05383 907704
Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung Ole Jantschek	Auguststr. 80	10117	Berlin	030 28395447
Frau.Macht.Demokratie. Gleichberechtigung und Vernetzung e.V., Christina Machens Niedersächsisches Mentoringprogramm	Sodenstr. 2	30161	Hannover	0511 33 65 06 35-30
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Länderbüro Niedersachsen und Bremen	Georgstr. 36	30159	Hannover	0511 169997-0
ichbinhier e. V.	Holstentwiete 15	22763	Hamburg	
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Dr. Matthias Quendt	Talstr. 84	07743	Jena	03641 2719403
Institut für Demokratieforschung Georg-August-Universität Göttingen Alexander Hensel, Dr. Stine Marg	Weender Landstr. 14	37073	Göttingen	0551 391701-08 0551 391701-16
Institut für Didaktik der Demokratie Ulrich Ballhausen	Schloßwender Str. 1	30159	Hannover	0511 76214560
Landes-Demokratiezentrum beim Landespräventionsrat Niedersachsen	Siebstraße 4	30171	Hannover	0511 1208719

E-Mail	Webseite	Thema/Leistung
info@adolf-bender.de	www.adolfbender.de	Das Adolf-Bender-Zentrum bietet Workshops, Vorträge und Ausstellungen an. Es berät im Umgang mit Vorurteilen, Rassismus und Rechtsextremismus.
info@amadeu-antonio-stiftung.de	www.amadeu-antonio-stiftung.de	Demokratie in Gefahr? Eine Standortbestimmung. Neue Siedler und alte Strukturen
info@arug.de	www.arug-zdb.de	Einsatz für demokratische und tolerante Gesellschaft. Durch Workshops, Qualifizierungsmaßnahmen, Ausstiegshilfen, Präventionskonzepte, Beratungsangebote u.v.m. werden Menschen aller Altersstufen zu demokratischer Teilhabe befähigt und zivilgesellschaftliches Engagement gefördert.
	www.bdl.landjugend.info	Der Bund der Deutschen Landjugend hat diverse Publikationen zum Thema "Demokratie" herausgegeben.
poststelle@bmfjsfj.bund.de	www.demokratie-leben.de	Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus. Gefördert werden hierzu Projekte in ganz Deutschland, die sich für ein vielfältiges, respektvolles und gewaltfreies Miteinander einsetzen.
hans.feldbauer@b-b-e.de	www.b-b-e.de	Demokratiestärkung im ländlichen Raum
info@bpb.de	www.bpb.de	Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.
demokratie-leben@lk-wf.de	www.vieltoleranz.de	Vermittlung lokaler Partnerschaften/Vermittlung von Referenten
dorfmoderation.hahausen@gmx.net		
jantschek@politische-jugendbildung-et.de	www.evangelische-akademien.de/person/ole-jantschek	Populismus in Europa und seine Auswirkungen auf die Demokratie
machens@guv-ev.de	www.frau-macht-demokratie.de	Das Mentoring-Programm "FRAU. MACHT. DEMOKRATIE." hat das Ziel, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen.
hannover@freiheit.org	www.freiheit.org	Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet auf Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt. Mit ihren Veranstaltungen und Publikationen hilft sie Menschen, sich aktiv im politischen Geschehen einzumischen.
info@ichbinhier.online	www.ichbinhier.eu	Gegen Hasskommentare und Hetze im Internet, die Facebook-Gruppe zählt 45.000 Mitglieder und wurde mit dem Grimme-Online-Award ausgezeichnet.
matthias.quent@idz-jena.de	www.idz-jena.de/ueber-das-institut/mitarbeitende/matthias-quent	Deutschland, rechts außen
alex.hensel@demokratie-goettingen.de stine.marg@demokratie-goettingen.de	www.demokratie-goettingen.de/mitarbeiter	Rechtspopulismus und Demokratie „Mitte“ und „Bürgertum“ als soziale Formationen
ballhausen@idd.uni-hannover.de	www.ipw.uni-hannover.de/de/ulrich-ballhausen/	Wo steht unsere Demokratie?
achim.broehenhorst@ldz.niedersachsen.de	www.ldz-niedersachsen.de	Angeboten werden Workshops, Vortrags- und Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen. Dazu gehören unter anderem Rechtsextremismus, Argumentationstrainings, gemeinsame Entwicklung von Haus- oder Schulordnungen und Betreuung von Bürgerbündnissen.

Organisationen und Referent*innen

Name	Straße	PLZ	Ort	Tel.
Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. Dr. Christa Karras, Antje Peters	Hilde-Schneider-Allee 25	30173	Hannover	0511 321031
Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e. V.	Bödekerstraße 16	30161	Hannover	0511 300330-0
Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V.	Bernstraße 13	30175	Hannover	0511 304110
LEB Regionalbüro Braunschweig Samuel Loos	Helene-Künne-Allee 5	38122	Braunschweig	0531 2872868
Leuphana Universität Lüneburg Prof. Dr. Waldemar Stange	Universitätsallee 1	21335	Lüneburg	04131 677-2379
LidiceHaus gGmbH Yann Fingerhut	Weg zum Krähenberg 33a	28201	Bremen	0421 69272-0
Mehr Demokratie e. V. Landesverband Niedersachsen	Bernhardstr. 7	28203	Bremen	0421 794 63 70
Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)	Könnerritzstraße 7	01067	Dresden	0351 4810060
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung	Georgsplatz 18-19	30159	Hannover	0511 120-7500
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung konterBUNT , Anna-Lena Meyer	Georgsplatz 18/19	30159	Hannover	0511 120-7500
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	Hannah-Arendt-Platz 2	30159	Hannover	0511 1204058
Politik zum Anfassen e. V.	Königsberger Str. 18	30916	Ilsernhagen	
Prof. Dr. Titus Simon				
ServiceBureau Jugendinformation Barbara Westhof	Am Deich 62	28199	Bremen	0421 330089-21
Universität Hildesheim Institut für Sozialwissenschaften , Prof. Dr. Wolf J. Schünemann	Universitätsplatz 1	31141	Hildesheim	05121 883-10704
Zentrale Polizeidirektion Nds. Abteilung 3 - Mobilität und Einsatzmittel, Claudia Puglisi	Tannenbergallee 11	30163	Hannover	0511 96953001
Zeitzeugenbüro Thomas Raufeisen				
Hasnain Kazim				

E-Mail	Webseite	Thema/Leistung
mail@landesfrauenrat-nds.de	www.landesfrauenrat-nds.de	Auf dem Weg zur Parität – neue Entwicklungen Wir haben die Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Aufbruch
Referent für politische Bildung: steimer@vhs-nds.de	www.vhs-nds.de	Die meisten Volkshochschulen haben in ihren Programmen Vorträge/ Diskussionsrunden zu aktuellen Themen der politischen Bildung.
landesbuero@leb.de	www.leb-niedersachsen.de	Im Vortrags- und Kursprogramm werden auch aktuelle politische Themen sowie gesellschaftspolitische Entwicklungen aufgegriffen (u. a. Rechtsradikalismus, NS-Zwangsarbeit, Leben in der DDR).
samuel.loos@leb.de	www.leb-niedersachsen-zdt.de	Demokratie Leben, erkennen, beraten
stange@uni.leuphana.de	www.uni.leuphana.de	Zwischen Symbolpolitik und Ernstfall – kommunale Partizipation von Jugendlichen
lidice@lidicehaus.de	www.lidicehaus.de	Demokratie (er)leben lernen - demokratische Handlungsleitfähigkeit von Kindern und Jugendlichen stärken
	www.bremen-nds-mehr-demokratie.de	Volksbegehren und Bürgerbegehren als Instrumente direkter Demokratie nutzen
info@netzwerk-courage.de	www.netzwerk-courage.de	Netzwerk Courage ist eine bundesweites Netzwerk, das sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert. Auch Vereine und Verbände finden hier ein umfangreiches Unterstützungs- und Kooperationsangebot (z. B. Beratung, Weiterbildungsangebote, Ausbildung von Multiplikatoren)
poststelle@lpb.niedersachsen.de	www.demokratie.niedersachsen.de	Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat den Auftrag, Menschen für demokratische Prozesse zu begeistern, ihnen Wege der politischen Partizipation zu eröffnen und sie zur Teilhabe an einem gesellschaftlichen Diskurs zu befähigen und zu ermutigen.
konterbunt@lpb.niedersachsen.de	www.konterbunt.de	Die App KonterBUNT zeigt, wie man auf Stammtischparolen reagieren kann."
	www.ms.niedersachsen.de	Initiator des Mentoringprogramms Frau.Macht.Demokratie
politik@zumanfassen.de	www.politikzumanfassen.de	Politik zum Anfassen e.V. macht Lust auf Demokratie. Mit Planspielen, der Mitrede-App PLACEm, Mitmachausstellungen, einem Kommunalpolitik-Podcast und vielem mehr.
titus.simon@gmx.de	www.titus-simon.de	Rechtsdruck – was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge im ländlichen Raum?
westhof@jugendinfo.de	www.servicebureau.de/medienpaedagogik/future	#future_fabric - demokratie.digital.denken
wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de	www.wolf-schuenemann.de	Internet und Digitalisierung als Gefahren für die Demokratie?
claudia.puglisi@polizei-niedersachsen.de	www.zpd-polizei-nds.de	
	www.zeitzeugenbuero.de	Flucht/Ausreise/Freikauf, politische Haft, Bildung/Erziehung
	https://www.facebook.com/hasnain.kazim	Einwanderung in Deutschland aus persönlicher Sicht. Pöblern und Populisten Paroli bieten.

Name	Straße	PLZ	Ort	Tel.	E-Mail	Webseite
Amadeu Antonio Stiftung	Novalisstraße 12	10115	Berlin	030 240886-10	info@amadeu-antonio-stiftung.de	www.amadeu-antonio-stiftung.de
Bündnis für Demokratie und Toleranz (BDST)	Friedrichstraße 50	10117	Berlin	030 254504-466	buendnis@bpb.bund.de	www.buendnis-toleranz.de
Friedrich-Ebert-Stiftung	Godesberger Allee 149	53175	Bonn	0228 883-0	presse@fes.de	www.fes.de
Friedrich Naumann Stiftung	Karl-Marx-Straße 2	14482	Potsdam	030 22012634	service@freiheit.org	www.freiheit.org
Heinrich Böll Stiftung	Schumannstraße 8	10117	Berlin	030 285 340	info@boell.de	www.boell.de
Konrad Adenauer Stiftung, Nds.	Leinstr. 8	30159	Hannover	0511 4008098-9	kas-niedersachsen@kas.de	www.kas.de
Museumsverband Niedersachsen	An der Börse 6	30159	Hannover	0511 2144983	info@mvnb.de	www.mvnb.de

Autor*in/ Herausgeber*in	Titel	Inhalt	ISBN-Nr./Webseite
Agrarsoziale Gesellschaft e.V.	Rechtspopulismus im ländlichen Raum – Verstehen – Sensibilisieren – Handeln	Im Zentrum der Ausführungen steht die These, dass der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien durchaus als politischer Ausdruck sozialer Spaltungen verstanden werden kann. Wohlstandseinbußen spielen dabei zumeist eine untergeordnete Rolle.	www.asg-goe.de/pdf/LR0217-Schwerpunkt-Rechtspopulismus.pdf
Amadeu Antonio Stiftung	Demokratiereiseführer „Lebendige Orte - Eine Reise durch Barnim und Uckermark“	Die Amadeu Antonio Stiftung und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement haben gemeinsam mit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark einen Reiseführer für die Regionen Barnim und Uckermark veröffentlicht. Der außergewöhnliche Reiseführer widmet sich nicht touristischen Sehenswürdigkeiten, sondern stellt Menschen und Orte vor, die eine demokratische Kultur in ihrer Region gestalten.	https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen
Amadeu Antonio Stiftung	Wissen, was wirklich gespielt wird ... Widerlegungen für gängige Verschwörungstheorien	Verschwörungstheorien richten sich in ihren Forderungen gegen die Grundwerte liberaler Demokratien und die individuellen Menschenrechte. Vermeintlich wird Kritik geübt, doch in Wirklichkeit werden komplexe Zusammenhänge auf das Wirken einzelner Personen oder Gruppen reduziert. Verschwörungstheorien entwerfen ein apokalyptisches Bild, aus dem es nur einen Ausweg zu geben scheint: den Kampf der Guten gegen die „Verschwörung“.	www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/
Amadeu Antonio Stiftung	Reichsbürger und Souveränisten, Basiswissen und Handlungsstrategien	Wer bislang den Eindruck hatte, Reichsideologie und die ihr nahestehenden Verschwörungserzählungen seien vor allem am gesellschaftlichen Rand zu finden, irrt. Mittlerweile ist die Reichsideologie milieuübergreifend und deutschlandweit verbreitet: sei es die junge Polizistin und Mutter, die sich in einer Kindertageseinrichtung nach Jahren als Reichsideologin outet, der Vorsitzende eines lokalen Tauschings, der Reichsmark oder Dienstleistungen als Zahlungsmittel akzeptiert, oder der Besitzer eines Fuhrunternehmens, der sich weigert, Maut-Gebühren an die »BRD GmbH« zu zahlen.	https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen
Andrea Röpke Andreas Speit	Völkische Landnahme - Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos	Seit Jahren siedeln sich junge Rechtsextreme bewusst in ländlichen Regionen an, um dort generationsübergreifend »nationale Graswurzelarbeit« zu betreiben. Dieser unauffällige Aktionismus ist gegen die moderne und liberale Gesellschaft der Großstädte gerichtet, es herrschen alte Geschlechterbilder und autoritäre Erziehungsmuster vor. Die Aussteiger von rechts betreiben ökologische Landwirtschaft, pflegen altes Handwerk und nationales Brauchtum, organisieren Landkaufgruppen und eigene Netzwerke, die bundesweit agieren. Sie bringen sich in örtlichen Vereinen ein und gehen in die lokale Politik, um Umweltschutz mit »Volksschutz« zu verbinden und eine angebliche »Überfremdung« zu verhindern.	978-3-86153-986-5

Bollmann, Stefan	Frauen, die schreiben, leben gefährlich	Stefan Bollmann erzählt die Geschichte schreibender Frauen vom 12. bis zum 21. Jahrhundert und stellt herausragende und charakterstarke Autorinnen vor – von Hildegard von Bingen über Jane Austen, George Sand, Virginia Woolf und Sylvia Plath bis zu Doris Lessing und Arundhati Roy.	978-3458359951
Bund der Deutschen Landjugend	Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen	Auf 260 Seiten setzt sich der größte Jugendverband im ländlichen Raum darin mit der demokratiefeindlichen Ideologie auseinander. Er nimmt die Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hierzulande in den Blick und stellt sich offensiv gegen die schleichende Vereinnahmung der Dörfer durch Rechtsextreme.	https://bdl.landjugend.info/service/publikationen/
Bund der Deutschen Landjugend	Mut machen – Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus	Die BDL-Argumentationshilfe für die Tasche. Diese Broschüre ist ein kleiner Werkzeugkasten, um in Gesprächen reagieren zu können oder in Diskussionen erst gar nicht in unangenehme Situationen zu geraten. Falls doch, soll sie helfen, möglichst cool zu bleiben.	https://bdl.landjugend.info/service/publikationen/
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Demokratie. Land. Leben		www.laendlicher-raum.info
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Konkrete Hilfen für bessere Zusammenarbeit zwischen KMU und Engagement	OM und BBE haben gemeinsam einen Leitfaden und Checks für ihre jeweiligen Zielgruppen Engagement und KMU erarbeitet und verabschiedet, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit jeweils besser zu nutzen. Mit diesen gemeinsamen Werkzeugen wollen das BBE und die OM Impulse geben, die Zusammenarbeit auf beiden Seiten zu fördern. In dem Leitfaden »Zusammenarbeit gemeinnütziger Organisationen mit kleinen und mittleren Unternehmen in der Region« werden der Nutzen einer Zusammenarbeit für beide Seiten dargestellt sowie die Möglichkeiten, jeweils vom anderen Handlungssektor zu lernen.	https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/06_Service/02_Publikationen/2020/2020-IN-QA-Leitfaden-Zusammenarbeit.pdf
Bundeszentrale für politische Bildung	Grundzüge der atheistischen Demokratie		www.bpb.de/175892/grundzuge-der-atheistischen-demokratie
demokratiebrautens.de	Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Was jetzt zu tun ist	Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte beraten und begleiten Opfer rechter Gewalt, Kommunen und Zivilgesellschaft.	http://demokratiebrautens.de/blog/appell-gegen-rechtsextremismus-und-rassismus-was-jetzt-zu-tun-ist/
Deutscher LandFrauenverband	"LandFrauen zeigen Flagge – für Toleranz, Demokratie und soziales Miteinander", Positionspapier	Der dlF fordert, dass die Förderprogramme für Demokratieentwicklung besser auf die Bedürfnisse der ehrenamtlichen Organisationen zugeschnitten werden. Vereine brauchen außerdem Hilfe beim Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit menschenfeindlichem Verhalten. Politik muss für bessere Rahmenbedingungen in der Vereinsarbeit sorgen. Jede Gemeinde braucht einen Demokratieplan.	www.landfrauen.info
Digitales Deutsches Frauenarchiv	Bund deutscher Frauenvereine	Der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) fasste zwischen 1894 und 1933 Frauenaktivitäten mit unterschiedlichen Zielsetzungen zusammen. Seine Mitglieder waren "radikal" oder "gemäßigt" frauenbewegt, anderen lag Emanzipation eher fern. Wie konnte ein derart heterogenes Bündnis durch zwei politische Systembrüche hinweg ein gemeinsames Programm verfolgen und bis auf zeitweise über eine Million Mitglieder anwachsen?	www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/bund-deutscher-frauenvereine-bdffactor-publication
Gesichte zeigen! (Hrsg.)	Mein Kampf - gegen Rechts	Es handelt sich um Zeitberichte verschiedener Personen, die mit rechtem Gedankengut und rechter Gewalt zu kämpfen haben/hatten, und dagegen aufstehen.	978-3-95890-027-1
Graf von Krockow, Christian	Die Stunde der Frauen: Bericht aus Pommern 1944 bis 1947	Christian Graf von Krockow erzählt die dramatischen Erlebnisse seiner Schwester Libussa Fritz-Krockow in der Zeit des Kriegsendes und der Besetzung Pommerns durch Russen und Polen. Exemplarisch und bewegend wird sichtbar, wie im Kampf ums Überleben die Stunde der Frauen schlägt.	978-3423300148

Autor*in/ Herausgeber*in	Titel	Inhalt	ISBN-Nr./Webseite
Großkopf, Rudolf	Unsere 60er Jahre: Wie wir wurden, was wir sind	Mauerbau, Mondlandung, Studentenproteste, der Besuch des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy in Berlin und dessen Ermordung – Bilder, die sich im kollektiven Gedächtnis für die 60er Jahre eingebrannt haben. In "Unsere 60er Jahre" lernen wir Menschen aus Ost und West mit ihrer ganz persönlichen Geschichte kennen, erleben mit ihnen Höhen und Tiefen dieses Jahrzehnts.	978-3-492-25248-5
Grumke, Thomas; Wagner, Bernd	Handbuch Rechtsradikalismus – Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft	Auch wenn das Handbuch etwas älter ist, gibt es einen nach wie vor guten Überblick über die Erscheinungsformen und Facetten des deutschen Rechtsextremismus. Es kann als Nachschlagewerk verwendet werden und richtet sich sowohl an Fachleuten als auch an interessierte Laien.	978-3-81003-399-4
Hacke, Axel	Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen	Wir leben in aufgewühlten und aufwühlenden Zeiten, die Grundlagen unseres bisherigen Zusammenlebens sind bedroht: Zeit, sich wieder einmal ein paar wichtige Fragen zu stellen.	978-3-95614-200-0
Huxley, Aldous	Schöne neue Welt	1932 erschien eines der größten utopischen Bücher des 20. Jahrhunderts: ein heimtückisch verführerischer Aufriss unserer Zukunft, in der das Glück verabreicht wird wie eine Droge. Sex und Konsum fegen alle Bedenken hinweg und Reproduktionsfabriken haben das Fortpflanzungsproblem gelöst. Es ist die beste aller Welten – bis einer hinter die Kulissen schaut und einen Abgrund aus Arroganz und Bosheit entdeckt.	978-3596905737
Kuhla, Karoline	Carlsen Klartext: Fake News	Dieses Buch erklärt in einer klar strukturierten Form die Zusammenhänge und Hintergründe von »Fake News«. Journalismus – gerade Politikjournalismus – werden in diesem Sachbuch übersichtlich beleuchtet. Es ist sehr informativ, verlangt dem Leser/der Leserin etwas Durchhaltevermögen ab.	978-3551317315
Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.	Wir haben die Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Aufbruch	Kampf um das Frauenwahlrecht und dem Aufbruch der Frauen in die Politik bis hin zur politischen Partizipation von Frauen heute.	https://www.frauen-orte-niedersachsen.de/media/100_jahre_frauenwahlrecht_broschuere.pdf
Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel	Wie Demokratien sterben – Und was wir dagegen tun können	Die Autoren beschäftigen sich mit den Demokratien in Europa, den USA und Lateinamerika. Sie zeigen auf, woran wir erkennen, dass demokratische Institutionen und Prozesse ausgehöhlt werden. Und sie sagen, an welchen Punkten wir eingreifen können, um diese Entwicklung zu stoppen. Denn mit gezielter Gegenwehr lässt sich die Demokratie retten – auch vom Sterbebett.	978-3-421-04810-3
McBride, James	Die Farbe von Wasser	Die Farbe von Wasser erzählt die Geschichte James McBrides, der in den sechziger Jahren - den Zeiten von Malcolm X und Martin Luther Kings - an der Seite von elf Geschwistern in New York aufwächst. Vor allem aber erzählt es die bewegende Geschichte seiner weißen Mutter Ruth, die 1921 in Polen als Tochter eines orthodoxen Rabbiners geboren wird, mit zwei Jahren mit ihrer Familie nach Amerika auswandert und mit 17 für immer ihr Elternhaus in Virginia verlässt, um in New York einen Schwarzen zu heiraten. Eine Familiengeschichte wie ein Roman, mit einer Heldin, die wie selbstverständlich über Rassenkonflikte und persönliche Entbehrungen triumphiert.	978-3442717781
McEwan, Ian	Die Kakerlake	Jim Sams hat eine Verwandlung durchgemacht. In seinem früheren Leben wurde er entweder ignoriert oder gehasst, doch jetzt ist er auf einmal der mächtigste Mann Großbritanniens – und seine Mission ist es, den Willen des Volkes in die Tat umzusetzen. Er ist wild entschlossen, sich von nichts und niemandem aufhalten zu lassen: weder von der Opposition noch von den Abweichlern in seiner eigenen Partei. Und noch nicht mal von den Regeln der parlamentarischen Demokratie. Ian McEwan verneigt sich vor Kafka, um eine Welt zu beschreiben, die Kopf steht.	978-3257071320

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg	Zeitstrahl: 100 Jahre Frauenwahlrecht		www.frauenwahlrecht-bw.de/damals-heute/zeitstrahl
Mounk, Yascha	Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht	Die Demokratie steckt weltweit in einer tiefen Krise. Die Zahl der Protestwähler steigt, Populisten erstarken, traditionelle Parteiensysteme kollabieren. Der Autor untersucht diesen Zustand. Er erklärt verständlich die komplexen Gründe und Mechanismen, die dahinter stecken und benennt zudem Maßnahmen, um bedrohte soziale und politische Werte für die Zukunft zu retten.	978-3-426-27735-5
Münkler, Herfried	Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft	Herfried und Marina Münkler betten die aktuelle Situation – jenseits der Aufgeregtheiten der Tagespolitik – in den historischen Zusammenhang ein und weisen darauf hin, dass Wanderungs- und Fluchtbewegungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind. Deutschland hat sich immer wieder – mit neuen Menschen – neu aufgestellt. Das wird auch heute nicht ohne Brüche und Probleme abgehen: Mächtige, oft divergierende Kräfte werden in der deutschen Gesellschaft freigesetzt. Wie können sie beherrscht werden, was muss man tun, damit wir ihnen nicht wehrlos gegenüberstehen? Herfried und Marina Münkler benennen die Risiken und Gefahren präzise und realistisch; gleichzeitig zeigen sie aber auch die großen Chancen auf, die sich uns bieten.	978-3-87134-167-0
Schmidt, Helmut	Weggefährten	Es ist ein Buch, in dem Helmut Schmidt von jenen Menschen erzählt, die ihn durch sein Leben begleiteten: Karl Schiller, Ida Ehre, Inge Meysel und Lilli Palmer, daneben die hanseatischen Bürgermeister von Max Brauer bis zu Herbert Weichmann. Aber auch die ausländischen Staatsmänner spielen eine Rolle - Valéry Giscard d'Estaing, Leonid Breschnew, und dann natürlich Literaten wie Böll, Grass und Lenz. Politische Nähe spielte durchaus nicht die entscheidende Rolle. So schätzte er seinen Gegenspieler von der CSU, Franz-Josef Strauß, und sie frozelten sich gegenseitig mit "Na, Sie alter Gauner", "Na, Sie Lump". Manche in der eigenen Partei blieben ihm fremd.	978-3-442-75515-8
Steffan, Philipp	Sag was!: Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren	Rechtspopulismus nimmt immer mehr zu. Doch wie identifiziert man rechtes Gedankengut und vor allem: Wie geht man damit um? Diesen Fragen widmen sich der hoch gelobte junge Verein „Tadel verpflichtet! e.V.“ mit seiner Bildungsinitiative "diskursiv", die dieses praxisnahe Bändchen mit Gesprächstaktiken, Tipps und Lösungsvorschlägen herausbringt.	978-3-8415-0606-1
Weidenfeld, Ursula	Regierung ohne Volk: Warum unser politisches System nicht mehr funktioniert	Noch nie war die Kritik am politischen Establishment so stark wie heute – und es bleibt nicht bei der bloßen Kritik. Offenbar bildet die parlamentarische Demokratie die Meinungen der Bevölkerung nicht mehr ausreichend ab, das Gefühl macht sich breit, nicht gehört zu werden. Populisten mit allzu einfachen Formeln und Erklärungen nutzen das immer mehr aus, es scheint nur eine Frage der Zeit, bis es auch bei uns einen Trump, eine Marine Le Pen gibt, die das hergebrachte System grundlegend in Frage stellen. Ist das nur eine Krise der Parteien?	978-3871341830
Zeh, Juli	Corpus delicti	Jung, attraktiv, begabt und unabhängig: Das ist Mia Holl, eine Frau von dreißig Jahren, die sich vor einem Schwurgericht verantworten muss. Zur Last gelegt wird ihr ein Zuviel an Liebe (zu ihrem Bruder), ein Zuviel an Verstand (sie denkt naturwissenschaftlich) und ein Übermaß an geistiger Unabhängigkeit. In einer Gesellschaft, in der die Sorge um den Körper alle geistigen Werte verdrängt hat, reicht dies aus, um als gefährliches Subjekt eingestuft zu werden. Juli Zeh entwirft in Corpus Delicti das spannende Science-Fiction-Szenario einer Gesundheitsdiktatur irgendwann im 21. Jahrhundert, in der Gesundheit zur höchsten Bürgerpflicht geworden ist.	978-3442740666

Titel	Inhalt
Aus dem Nichts	Aus dem Nichts ist ein Spielfilm von Fatih Akin aus dem Jahr 2017, dessen Handlung von der Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) inspiriert wurde. Im Mittelpunkt steht eine Frau, dargestellt von Diane Krueger, die bei einem Bombenanschlag ihren deutsch-kurdischen Ehemann und ihren Sohn verliert. Als das rechtsextremistische Täterpaar aus Mangel an Beweisen vom Gericht freigesprochen wird, sucht sie nach den inzwischen geflohenen Tätern.
Das Leben der Anderen	Im November 1984 beauftragt Oberstleutnant Grubitz den linientreuen Stasi-Hauptmann Wiesler mit der Bespitzelung des erfolgreichen Dramatikers Georg Dreyman und dessen Lebensgefährtin Christa-Maria Sieland.
Das Leben ist schön	Toskana, 1939. Faschismus und Antisemitismus machen auch in Italien nicht halt. Tausende von Juden und Jüdinnen werden in Konzentrationslager deportiert. In dieser bedrohlichen Zeit verliebt sich der verträumte Guido in seine Lehrerin Dora, die er dank Charme und Clownereien seinem Rivalen kurz vor dem Altar wegschnappt. Jahre später zerstören die Nazis das gemeinsame Glück um ihren Sohn Giosue.
Der Ballon	Sommer 1979 in Thüringen. Die Familien Strelzyk und Wetzel haben über zwei Jahre hinweg einen waghalsigen Plan geschmiedet: Sie wollen mit einem selbst gebauten Heißluftballon aus der DDR fliehen. Doch der Ballon stürzt kurz vor der westdeutschen Grenze ab.
Der Vorname	Stephan und seine Frau Elisabeth laden Freunde und Familie zu einem gemütlichen Abendessen ein. Thomas und seine Frau Anna erwarten ein Kind und verkünden im Scherz, dass sie ihren Sohn Adolf nennen werden. Die Gastgeber und Familienfreund René können nicht glauben, was sie da gerade gehört haben. Es beginnt eine Diskussion über falsche und richtige Vornamen. Der Abend eskaliert, als die schlimmsten Jugendsünden und die größten Geheimnisse aller Gäste ans Licht kommen.
Die Berufung	Smart, eloquent und mit sehr viel Biss – so revolutioniert Ruth Bader Ginsburg die verstaubten Gerichtssäle der 50er- und 60er-Jahre. Das Biopic DIE BERUFUNG erzählt vom emanzipatorischen Kampf jener kongenialen Frau, die an Gerechtigkeit glaubt und mit einem bahnbrechenden Fall vor Gericht zieht.
Die göttliche Ordnung	Nora ist eine junge Hausfrau und Mutter, die 1971 mit ihrem Mann und zwei Söhnen in einem beschaulichen Schweizer Dorf lebt. Hier ist wenig von den gesellschaftlichen Umwälzungen der 68er-Bewegung zu spüren. Der Dorf- und Familienfrieden gerät jedoch gehörig ins Wanken, als Nora beginnt, sich für das Frauenstimmrecht einzusetzen.
Die Unbestechlichen	1972 werden fünf Männer auf frischer Tat beim Einbruch in einem Hotel ertappt, wo gerade die Demokratische Partei eine Wahlkampagne vorbereitet. Die Reporter Carl Bernstein und Bob Woodward von der Washington Post wittern eine interessante Story und beginnen entgegen zahlreicher Widerstände mit umfangreichen Recherchen.
Die Welle	Wie entstehen eigentlich autoritäre gesellschaftliche Strukturen? Dass es schneller und einfacher gehen kann, als viele glauben würden, führt uns Jürgen Vogel in seiner Rolle als Lehrer Rainer Wenger eindrucksvoll vor. Deutschland heute. Bei der jährlichen Schulprojektwoche bekommt Wenger das Thema „Autokratie“ zugeteilt und startet einen Selbstversuch mit seinen Schülern. Ob eine Diktatur noch möglich wäre? Die Schüler*innen glauben nicht daran. Am Anfang der Gründung der Bewegung "Die Welle" stehen populistische Parolen, ein eigenes Logo, eine Website. Identitätsstiftung. Und es funktioniert. Es folgen strenge Regeln, Disziplinierung und bald entsteht eine erschreckende Eigendynamik.
Die zwölf Geschworenen	Im Hinterzimmer eines Gerichts haben sich zwölf Geschworene zurückgezogen, um einen Mordprozess zu klären. Der Fall scheint deutlich: Ein Todesurteil. Nur der Geschworene Nr. 8 plädiert auf "nicht schuldig". Nach hitzigen Diskussionen ändert sich die Stimmverteilung langsam zugunsten des Angeklagten, aber ein Freispruch kann nur einstimmig erfolgen.
Green Book – Eine besondere Freundschaft	Die USA im Jahr 1962: Dr. Don Shirley (Mahershala Ali) ist ein begnadeter klassischer Pianist und geht auf eine Tournee, die ihn aus dem verhältnismäßig aufgeklärten und toleranten New York bis in die amerikanischen Südstaaten führt. Als Fahrer engagiert er den Italo-Amerikaner Tony Lip (Viggo Mortensen), der sich bislang mit Gelegenheitsjobs über Wasser gehalten und etwa als Türsteher gearbeitet hat. Während der langen Fahrt, bei der sie sich am sogenannten Negro Motorist Green Book orientieren, in dem die wenigen Unterkünfte und Restaurants aufgelistet sind, in dem auch schwarze Gäste willkommen sind, entwickelt sich langsam eine Freundschaft zwischen den beiden sehr gegensätzlichen Männern
Hidden Figures – Unerkannte Heldinnen	Die bisher noch nicht erzählte, unglaubliche Geschichte von Katherine Johnson, Dorothy Vaughn und Mary Jackson, die zu Beginn der sechziger Jahre bei der NASA arbeiten.
Kleine Germanen	Zwischen dem Kampf für Freiheit und Demokratie auf der einen und dem Ruf nach nationaler Isolation auf der anderen, wachsen viele Kinder in einer sehr beherrschten Welt auf. Die Dokumentation der Filmemacher Mohammad Farokhmanesh und Frank Geiger kombiniert Animations- und Dokumentarfilm, um die Geschichten von Kindern zu erzählen, die in rechtsextremen Familien aufgewachsen sind.
Lösch Dich funk-Doku: So organisiert ist der Hass im Netz	Das Troll-Netzwerk „Reconquista Germanica“ wurde vor der Bundestagswahl 2017 von einem rechtsextremen Youtuber gegründet. Die Doku zeigt, wie Mitglieder sich dort absprechen, um Wellen von Hass-Kommentaren gegen bestimmte Seiten und Personen zu starten.

Mitten in Deutschland: Der NSU-Komplex	Die Dokumentation von Stefan Aust und Dirk Laabs lässt Ermittler, Szene-Mitglieder und Insider zu Wort kommen, Dokumente und interne Ermittlungsergebnisse werden zudem präsentiert. Widersprüchliche Ermittlungsergebnisse oder offene Fragen werden als solche benannt und thematisiert. Die vierteilige Reihe wurde in der ARD gezeigt.
Schindlers Liste	Schindlers Liste schildert einprägsam die wahre Geschichte des Oskar Schindler, Mitglied der NSDAP, Frauenheld und Kriegsgewinnler, der das Leben von mehr als 1.100 Juden während des Holocaust rettete. Es ist der Triumph eines couragierten Mannes und das Drama derer, die durch seinen Beitrag eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte überlebt haben.
Selma	Sommer, 1965. Das formal bestehende Wahlrecht für Afroamerikaner in den USA wird in der Realität des rassistischen Südens ad absurdum geführt. Schwarze sind Bürger*innen zweiter Klasse und täglich Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Die Stadt Selma, Alabama, ist einer der Orte, in denen sich der Widerstand formt.
Sternstunde ihres Lebens	Bonn 1948. Im Übergangsparlament, dem „Parlamentarischen Rat“, kämpft die Abgeordnete und Juristin Elisabeth Selbert gegen alle Widerstände für die Aufnahme des Satzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in das Grundgesetz der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland. Die Sekretärin Irma steht ihrer Vorgesetzten mit diesem Vorhaben äußerst skeptisch gegenüber.
Suffragette – Taten statt Worte	In dem politischen Drama "Suffragette - Taten statt Worte" kämpfen Anfang des 20. Jahrhunderts die sogenannten Suffragetten um das Wahlrecht für Frauen. Die in London lebende Maud, die Hauptfigur des Films, war eine dieser mutigen Frauen.
United Kingdom	Ein Häuptling aus Botswana studiert in London Jura und will nach Rückkehr in seinem Land die Demokratie einführen. Als er seine große Liebe, eine Engländerin, heiratet, bekommt er es mit Anfeindungen von allen Seiten zu tun. Es wird vielfach versucht, die Demokratie zu verhindern.
We want sex	Der erste Arbeiterinnen-Streik in Großbritannien ist ein charmantes Lehrstück für politischen Mut, mit viel trockenem britischem Humor. Golden-Globe-Gewinnerin Sally Hawkins führt eine illustre Darstellerinnenriege an, die unwiderstehlich agiert.

Organisation	Adresse	Thema
Deutscher Dom	Gendarmenmarkt 2, 10117 Berlin	Wege - Irrwege - Umwege, die historische Entwicklung der liberalen, parlamentarischen Demokratie in Deutschland.
Friedrich-Ebert-Stiftung - Landesbüro Niedersachsen	Theaterstr. 3, 30159 Hannover	Wanderausstellung "Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen"; Link: https://www.fes.de/landesbuero-niedersachsen/themen-gespraechsreihen/ausstellungen
Haus der Weimarer Republik	Theaterplatz 4, 99423 Weimar	Das Haus der Weimarer Republik in Weimar ist ein im Juli 2019 eröffnetes Museum am Theaterplatz in Weimar, das an die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung erinnert.
Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.	Hilde-Schneider-Allee 25, 30173 Hannover Telefon 0511 321031 mail@landesfrauenrat-nds.de	„Wir haben die Wahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht – 100 Jahre Aufbruch“ Zum Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ hat der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) eine Ausstellung erstellt. Die vier Thementafeln erzählen vom Kampf um das Frauenwahlrecht und dem Aufbruch der Frauen in die Politik bis hin zur politischen Partizipation von Frauen heute.
Niedersächsischer Landtag Schloss Celle	Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover Schloßplatz 1, 29221 Celle	Besuch einer Plenarsitzung, Abgeordnetengespräch und Besichtigung sowie Informationen zu Aufgaben und Arbeitsweisen Dauerausstellung ab Herbst 2020 „Herrschaft und Landschaft – Macht und Teilhabe“
„Spot on – Demokratie auf der Spur“ Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung	www.spot-on-niedersachsen.de	Mit einem Smartphone oder Tablet und der Spot-on-App können digitale Demokratie-Routen („Spots“) in Niedersachsen erkundet werden. Im Laufe von etwa 45 bis 60 Minuten geht es am besten in der Gruppe auf Entdeckungstour zu Orten der Demokratie. Rätsel und Aufgaben, Texte und Videos bieten Anreize, Meinungen zu diskutieren, eigene Einstellungen zu hinterfragen und Standpunkte zu beziehen.
Staatstheater Hannover/Cumberland-sche Bühne	Theaterstraße 3, 30159 Hannover, www.staatstheater-hannover.de	Die Gesprächsreihe ABC der Demokratie befragt seit der Spielzeit 2017/18 am Schauspiel Hannover die Voraussetzungen demokratischer Gesellschaften, indem ihre Begriffe auf den Prüfstand gestellt werden. Achtung: Die Cumberlandische Galerie ist eine kleine Spielstätte. Nicht für große Gruppen geeignet.
Vertretung des Landes Niedersachsen beim BUND	In den Ministergärten 10, 10117 Berlin, Telefon: 4004880 88, poststelle-lv@mb.niedersachsen.de	Für Führungen in der Landesvertretung sind möglich. Ansprechpartnerin: Maïke Dencker; https://www.mb.niedersachsen.de/startseite/landesvertretung_beim_bund_in_berlin/besuch_der_landesvertretung/besuch-der-landesvertretung-niedersachsen-2227.html

Schlusswort und Dank

LIEBE LANDFRAUEN, LIEBE LESER*INNEN,

unser Handout gibt einen Überblick über die vielfältigen Aspekte des Themas Demokratie. Es ist ein großes und wichtiges Thema, dem wir uns alle stellen sollten.

Wir hoffen, dass Sie hier Anregungen finden für Ihre Bildungsarbeit vor Ort. Denn politisch bewegte Zeiten zeigen: Es ist Zeit, Bewusstsein für Demokratie zu schaffen und diese zu stärken. Gemeinsam können wir wie so oft viel erreichen – und es ist gut, wenn jede*r Einzelne im Kleinen und jeder Verein vor Ort beginnt.

Wichtig ist uns auch, dass die Stimmen von Frauen mehr gehört werden, dass Frauen sich trauen, mitzumischen und weibliche Politik zu machen. Geben Sie sich selbst einen Ruck oder/und machen Sie anderen Frauen Mut: Denn jedes Engagement zählt!

Wir danken allen, die Tipps und Anregungen für die Broschüre gegeben haben. Wir haben viel zusammengetragen, aber erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Ideen nehmen wir gern entgegen und stellen sie im Laufe des Projektes zur Verfügung.

Wir danken besonders auch Ihnen, liebe LandFrauen. Denn schon jetzt haben Sie begonnen, dieses Thema beherrscht aufzugreifen. Auf diese Weise tragen Sie dazu bei, dass Dörfer und Orte in Niedersachsen und unsere Gesellschaft insgesamt mehr Demokratie leben. Viel Erfolg bei der Umsetzung Ihrer Aktionen. Wir freuen uns auf Ihre Berichte!

Unser Dank geht vor allem auch an das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, das das Projekt „*Demokratie meint dich!*“ umfangreich fördert und ohne das das Projekt, und insbesondere die Fülle an Veranstaltungen, nicht möglich wären.

Wo du Falsches oder Ungerechtigkeit siehst, sag deine Meinung! Das ist dein Land. Das ist deine Demokratie. Lebe sie. Beschütze sie. Gib sie weiter.
Thurgood Marshall

Wer sich als Bürger in der Demokratie beheimatet, wer sie wertschätzt und bereit ist, sie zu verteidigen, wird sie erhalten wollen – für sich, für die eigenen Kinder und für die nachfolgenden Generationen.

JOACHIM GAUCK





Niedersächsischer
LandFrauenverband Weser-Ems
Mars-la-Tour-Straße 6
26121 Oldenburg

Tel.: 0441 801817
Fax: 0441/801-819

lfv@lwk-niedersachsen.de
www.landfrauenverband-weser-ems.de



Niedersächsischer
LandFrauenverband Hannover
Johannssenstraße 10
30159 Hannover

Tel.: 0511 353960 0
Fax: 0511 353960 15

nlv@landfrauen-nlv.de
www.landfrauen-nlv.de



Besuchen Sie uns
auch auf Facebook.